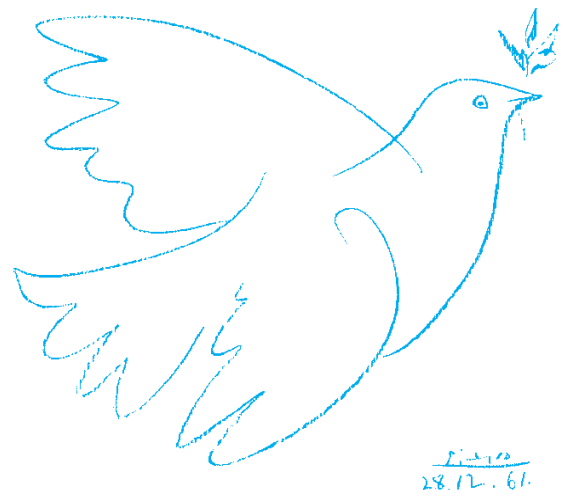
AZB
4001 Basel



Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

41. Jahrgang
Nr. 1 – 2018
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

Alarm auf Hawaii: Reizende Aussichten **2**
Palästina: Freiheit für Ahed **3**
EU-Aufrüstung: Herbeigeschriebene Bedrohung **4**
Zypern: Lösung im Gespräch suchen **5**
Kuba und die USA: Drei Jahre nach 12/17 **6**
40 Jahre UW: Wie entsteht eigentlich «Unsere Welt»? **7**
Ana Belén und Leonard Peltier: Grausamer Kerker **8**

Mehrere hundert Personen beteiligten sich am 3. Februar in Bern an einer friedlichen Kundgebung gegen den Beschluss des US-Präsidenten Donald Trump, Jerusalem als israelische Hauptstadt anzuerkennen. Die Demonstration stand unter dem Motto «Trump & Co – Hände weg von Jerusalem» und wurde von verschiedenen politischen, Solidaritäts- und Friedensorganisationen in der Schweiz unterstützt, darunter der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB). Foto Wanitsch

Der erneute Vorwurf an Syrien wegen Massenvernichtungswaffen

Gut getimte Propagandaübung

Wieder einmal stellen anonyme US-Funktionäre Behauptungen über Syrische Massenvernichtungswaffen auf. Für den investigativen US-Journalisten Rick Sterling aus San Francisco riecht das nach einem gut eingespielten Drehbuch und er vermisst die harten Fragen seiner Berufskollegen – wie in vielen Fällen zuvor.

Von Rick Sterling

Es ist wieder die Geschichte von den Massenvernichtungswaffen.

Nicht anders als bei den falschen Behauptungen, die den Weg zum Krieg mit dem Irak vor 15 Jahren geebnet haben, beschuldigen anonyme «US-Beamte» wieder einmal ein anvisiertes «Regime», «WMDs» (Weapons of Mass Destruction – Massenvernichtungswaffen) einzusetzen und Drohungen auszusprechen, die das Militär der Vereinigten Staaten von Amerika möglicherweise «ahnden» muss. Wieder einmal verbreiten westliche Medien diese Anschuldigungen und Drohungen ohne Zweifel oder Untersuchung.

Die Geschichte der Washington Post zum Beispiel trägt den Titel «Trump Administration: Syrien hat wahrscheinlich weiterhin chemische Waffen im Einsatz». Die Reuters-Geschichte, die von der New York Times veröffentlicht wurde, besagt: «US-Beamte haben gesagt, dass die syrische Regierung möglicherweise neue Arten chemischer Waffen entwickelt, und Präsident Donald Trump ist bereit, weitere militärische Aktionen in Betracht zu ziehen. Präsident Bashar al Assad soll heimlich einen Teil von Syriens Vorrat an chemischen Waffen aufbewahrt haben.»

Während Jerusalem Online einen US-Beamten sagen lässt, «dass die Streitkräfte des syrischen Präsidenten Assad neue Arten von chemischen Waffen entwickeln könnten, die bis in die USA reichen könnten», zitiert Jane's Defence Weekly einen US-Beamten: «Sie denken eindeutig, dass sie damit durchkommen können».

Reichlich Beispiele

Die Vorwürfe folgen einem seit langem etablierten Muster von Beamten, die anonyme Behauptungen aufstellen und dann Spannungen und Aufrufe zu Vergeltungsmassnahmen auslösen – während die Medien die Behauptungen ohne die geringsten Zweifel wiederholen. Der Artikel der Washington Post zum Beispiel enthält die folgende Aussage eines anonymen Beamten: «Wenn die internationale Gemeinschaft jetzt nichts unternimmt ... werden wir sehen, dass mehr chemische Waffen eingesetzt werden, nicht nur von Syrien, sondern auch von nichtstaatlichen Akteuren wie ISIS und darüber hinaus. Und dieser Gebrauch wird sich bis zu den Küsten der USA erstrecken.»

Dabei gibt es auf der Grundlage eines Rückblicks auf die jüngere Geschichte genügend Grund zur Annahme, dass die Geschichte falsch ist und verbreitet wird, um die Öffentlichkeit in Vorbereitung auf neue militärische Aggressionen zu täuschen.

• Der Invasion Vietnams mit über 500 000 US-Soldaten ging der gefälschte Vorfall im Golf von Tonkin voraus, bei dem ein US-Schiff angeblich von einem nordvietnamesischen Schiff angegriffen wurde. Das war nicht wahr und Präsident Lyndon Johnson wusste es. Die Resolution wurde im Repräsentantenhaus einstimmig (416-0) verabschiedet und nur Wayne Morse und Ernest Gruening hatten die Integrität und Einsicht, sich ihr im Senat zu widersetzen. Wurde jemals jemand für die Lüge zur Rechenschaft gezogen, die zum Tod von mehr als 58 000 US-Soldaten und Millionen Vietnamesen führte? Nein.

• Dem Angriff auf den Irak im Jahr 1991 und dem anschliessenden Massaker an irakischen Soldaten und Zivilisten ging die erfundene Zeugenaussage der Tochter des kuwaitischen Botschafters voraus, welche vorgab, eine Krankenschwester zu sein, die beobachtet hatte, wie irakische Soldaten Brutkästen stahlen und kuwaitische Babys auf dem Boden zurückliessen. Wurden die Marketingleute von Hill & Knowlton und Politiker wie Tom Lantos, der diesen Betrug managte, jemals zur Rechenschaft gezogen? Nein.

• Im Jahr 2003 starteten die USA die Invasion des Irak, die zum Tod von über einer Million Iraker führte, basierend auf falschen und gefälschten Beweisen, die von der CIA geliefert und von den Massenmedien unkritisch verbreitet wurden. So haben Michael Gordon und Thomas Friedman die Invasion bei der New York Times gefördert und gelobt. Wurden sie zur

Fortsetzung Seite 2

Der Kampf gegen US-Militärstützpunkte

Globale Aktion

Auf Einladung der Internationalen Koalition gegen US-Militärbasen, der auch die Schweizerische Friedensbewegung (SFB) angehört, fand in Baltimore vom 12. – 14. Januar 2018 eine Konferenz zu den über 800 Militärstützpunkten statt, welche die USA zur Absicherung ihrer Weltherrschaft in 80 Ländern unterhalten. Die SFB konnte selbst daran nicht teilnehmen, schickte aber eine Grussbotschaft.

In einer Resolution der Baltimore-Konferenz wird u.a. festgehalten, dass die zunehmend militaristische Aussenpolitik der Vereinigten Staaten und ihrer neuen Regierung als führende Kraft der NATO die Welt an den Rand eines Atomkriegs und einer Umweltkatastrophe treibe. Eine einheitliche Antwort der Friedens-, sozialen und Umweltorganisationen sei dringend notwendig, wenn ein derart zerstörerisches Szenario verhindert werden solle.

Die Gründungsorganisationen der Koalition gegen US-Auslandsmilitärbasen waren von Anfang an der Überzeugung, dass die Militärstützpunkte der USA und der NATO geschlossen werden müssten und dass dies nur mit einer einheitlichen, globalen Bewegung möglich ist.

Der Erfolg der Konferenz in Baltimore hat gezeigt, dass trotz möglichen Differenzen in anderen Fragen, eine breite, vielfältige Einheit des Friedens von sozialen, Friedens- und Umweltorganisationen und Aktivisten gegen das Militär der USA und der NATO möglich ist.

Die Gemeinsame Erklärung der Koalition vom Juli 2017 (siehe UW 3/2017) wurde bisher von mehr als 200 Organisationen weltweit unterzeichnet. Die Koalition wird in Zukunft als «Global Coalition» gegen US- und NATO-Militärstützpunkte auftreten und wird dabei durch einen Koordinationsausschuss unterstützt. Innert Jahresfrist soll zudem eine Globale Konferenz einberufen werden, die auf Einladung der Friedens- und Neutralitätsallianz PANA in Irland stattfinden wird.

Die Global Coalition ruft ausserdem zu einem Internationalen Aktionstag zur Schliessung des US-Stützpunktes in der Bucht von Guantánamo auf (23. Februar) und wird am Wochenende vom 14./15. April in den USA selbst gegen die horrenden US-Rüstungsausgaben, gegen die Umweltverschmutzung durch die US-Armee, gegen die Ausschaffung und Dämonisierung von Immigranten und gegen Verletzungen der Arbeitsrechte demonstrieren.

(Übersetzung aus dem Englischen: Julia Hoppe)

40 Jahre UNSERE WELT

Objektiv, auf der Seite der Leidenden

Im Januar 1978, vor 40 Jahren, erschien auf Initiative des unvergessenen Hans «Joe» Stebler die Nummer 1 von «Unsere Welt» (UW), der Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung. Die UW, so hiess es im Editorial, «setzt sich ein für eine andere Welt, für eine Welt ohne Krieg, Ausbeutung und Not, für eine Welt ohne Rassendiskriminierung und neokoloniale Abhängigkeit», sie trete ein «für die Ideen der Völkerfreundschaft und der antiimperialistischen Solidarität.»

Zunächst mit sechs, später mit vier Nummern pro Jahr ist die UW heute bei gut 180 Ausgaben angelangt. Jede dieser Ausgaben war erfüllt vom oben beschriebenen Geist, nicht parteiisch im Sinne einer bestimmten Weltanschauung oder Ideologie, aber Partei ergreifend für den Frieden, für Menschenwürde, Entwicklung und Gerechtigkeit, für die Streiter wider den Krieg, die Armut, den Chauvinismus und den Völkerhass. Objektivität bedeute nicht Teilnahmslosigkeit, sondern vielmehr eine unparteiische Verpflichtung zum Menschlichen, meinte sinngemäss der Grossmeister der literarischen und engagierten Reportage, Egon Erwin Kisch. Und an einer kürzlichen Tagung in Kassel zum Thema «Krieg und Frieden in den Medien» wurde der Journalist Robert Fisk zitiert, der sich als «objektiv, auf der Seite der Leidenden» bezeichnet hat.

Objektiv Partei ergreifend. Als eine solche Stimme hat sich die UW in den vier Jahrzehnten stets verstanden. Es geht auch anders: «Anstatt die politische Macht und ihren Apparat zu kontrollieren, anstatt Unrecht, Heuchelei und Lüge aufzuzeigen und alle Seiten zu Wort kommen zu lassen, damit die Öffentlichkeit sich ein Bild machen und verstehen kann, begleiten Medien wie die Kriegstrommler und Trompeter früherer Heere die neuen Beutezüge der westlichen Welt», schrieb Karin Leuke-

Fortsetzung Seite 7

Propagandaübung...

Fortsetzung von Seite 1

Verantwortung gezogen? Nein, sie machen weiter bis zum heutigen Tag.

• Im Jahr 2011 führten die USA NATO-Angriffe auf Libyen mit dem erklärten Ziel, «Zivilisten vor einem möglichen Massaker zu schützen». Dies wurde von Journalisten und Experten wie Nicholas Kristof und Juan Cole erklärt und gefördert. NATO-Funktionäre prahlten mit ihrer Operation. Nach der kurzen westlichen Euphorie wurde klar, dass die Kampagne auf Lügen basierte und das eigentliche Ergebnis eine Explosion von Extremismus, Massakern und Chaos war, die bis heute andauert. Verantwortlichkeit? Keine. Von Libyen hört man heute selten etwas. Aus den Augen, aus dem Sinn.

• Im August 2013 hörten wir von einem massiven Sarin-Gasangriff am Stadtrand von Damaskus. Human Rights Watch und andere, die sich für einen westlichen Angriff einsetzen, beschuldigten schnell die syrische Regierung. Sie behaupteten, dass Assad Obamas «rote Linie» überschritten habe und dass die USA direkt eingreifen müssten. Nachfolgende Untersuchungen ergaben, dass der Gasangriff nicht von der syrischen Regierung durchgeführt wurde. Es war wahrscheinlicher, dass er von einer von der Türkei unterstützten terroristischen Fraktion mit dem Ziel verübt wurde, die Obama-Administration unter Druck zu setzen, Syrien direkt anzugreifen. Zwei türkische Parlamentarier präsentierten Beweise für die Beteiligung der Türkei an der Bereitstellung des Sarins.

Einige der besten investigativen US-Journalisten, darunter der vor kurzem verstorbene Robert Parry und Seymour Hersh, recherchierten das Thema und deckten Beweise auf, die auf türkisch unterstützte «Rebellen» und nicht auf Syrien hinweisen. Trotz der faktischen Beweise, die den «Müllhaufen» falscher Behauptungen aufdecken, behaupten die Mainstream-Medien und ihre Anhänger weiterhin, dass Assad das Verbrechen begangen hat.

Im April 2017 war es dasselbe: Die USA und ihre Verbündeten erhoben Anschuldigungen, die nie bewiesen und letztlich diskreditiert wurden. Das UN-Ermittlerteam der Organisation für das Verbot chemischer Waffen besuchte nie den Tatort. Sie entdeckten allerdings die merkwürdige Tatsache, dass Dutzende von Opfern an mehreren Orten in Krankenhäusern mit Symptomen chemischer Verletzungen auftauchten, bevor der Angriff stattfand. Das ist ein eindeutiger Beweis für Betrug, aber dieser Richtung der Untersuchung wurde nicht weiter nachgegangen.

Mit oder ohne Kenntnis der Täuschung ordnete Trump Raketenangriffe auf einen syrischen Luftwaffenstützpunkt an, bei denen 13 Menschen, darunter vier Kinder, ums Leben kamen. Verantwortlichkeit? Keine.

Jetzt, trotz ihrer früheren Versäumnisse bei der Untersuchung, beleben anonyme Mitarbeiter der OPCW die Geschichte der chemischen Angriffe Syriens mit Behauptungen, dass Labortests die chemischen Waffenvorräte der syrischen Regierung mit diesen Angriffen in Verbindung gebracht haben, und unterstützen westliche Behauptungen, dass Assad hinter der Gräueltat steckt.

Vorwände und Fakten

Zusammengenommen deuten diese jüngsten Entwicklungen darauf hin, dass Kräfte in der US-Regierung weiterhin versuchen werden, Syrien zu zerstören. Trotz widersprüchlicher Behauptungen der Trump-Administration ist es eine Tatsache, dass die USA gegen den Willen der syrischen Regierung eine sektiererische Militärmiliz innerhalb Nordsyriens ausbilden und beliefern. Die USA sagten bisher, dass sie in Syrien waren, um ISIS loszuwerden, aber jetzt, da ISIS weitgehend verschwunden ist, sagt das US-Militär, dass es nicht weggeht. Im Gegenteil, das US-Militär half bei der Evakuierung von ISIS-Kämpfern von Raqqa nach al Bukamal, und die USA trainieren nun ISIS-Kämpfer, die als eine weitere anti-Assad-«Rebellen»-Truppe wiedergeboren werden sollen.

Bezüglich der jüngsten Vorwürfe ist folgendes bemerkenswert:

• Verteidigungsminister Mattis räumt ein, dass sie keine unabhängigen Beweise haben.

• Die Vorwürfe kommen von «NGOs, Kämpfern vor Ort», so Mattis. Mit anderen Worten, die Vorwürfe stammen von der bewaffneten Opposition und den «Weissen Helmen».

• Im Gegensatz zu ihrem Medienimage sind die «Weissen Helme» weder unabhängig noch neutral. Die Organisation ist eine Schöpfung der Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs und westlicher Militärfirmen und ist eine kapitalkräftige und höchst erfolgreiche Mogelpackung. Die USA und Grossbritannien bilden, versorgen und bezahlen «Freiwillige», die ihnen Anschuldigungen liefern, die dann zur Rechtfertigung der gewünschten Aggression herangezogen werden können.

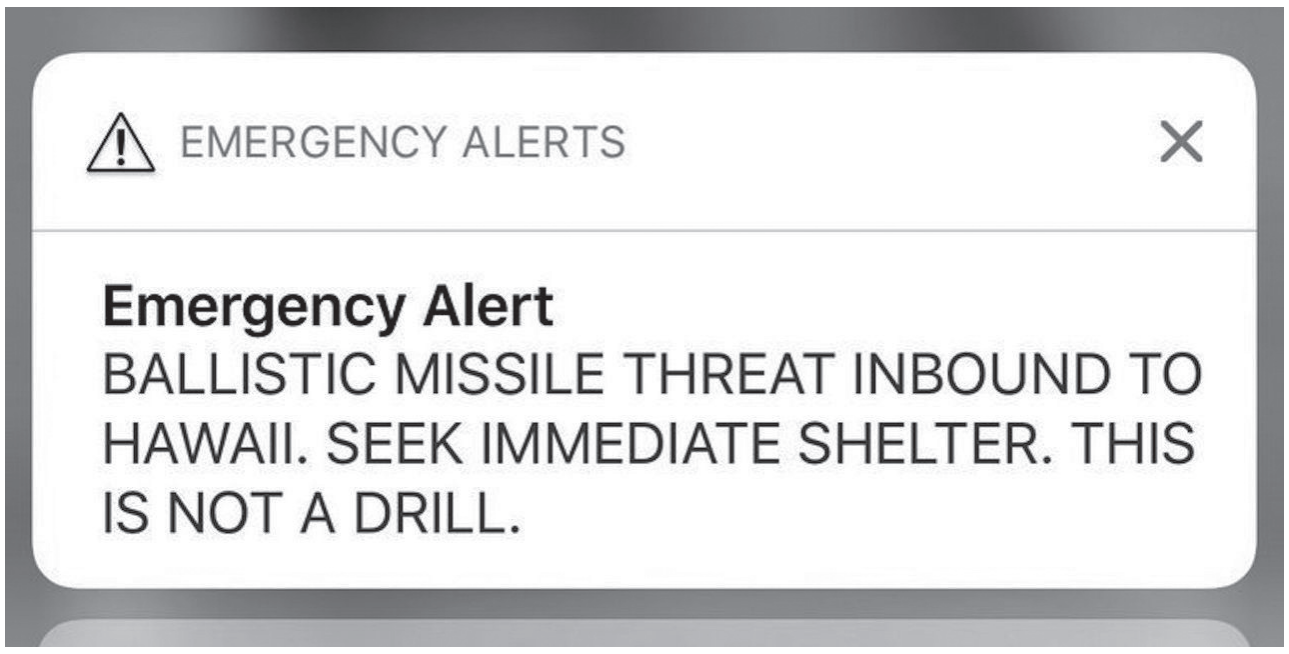
Mitschuld der Medien

Hinter den Kulissen füttern anonyme «US-Regierungsvertreter» die Medien mit unbewiesenen Behauptungen, dass die syrische Regierung wieder ein Chemiewaffenprogramm aufbaut und «neue Munition zur Lieferung chemischer Waffen entwickelt». Sie behaupten, dass sich das Programm «weiterentwickelt» und eine Mischung aus Sarin und Chlor verwendet.

Schliesslich ist da noch die Frage des Timings. Es ist eine merkwürdige Tatsache, dass es jedes Mal, wenn es geplante Verhandlungen mit der syrischen Regierung und Opposition gibt, zu einem Ausbruch von behaupteten Gräueltaten kommt. Diesmal kommen die Anschuldigungen zeitgleich mit dem syrischen nationalen Dialog in Sotschi, Russland. Eine objektive Untersuchung würde prüfen, wer von Aktionen profitiert, die von Verhandlungen ablenken oder sie sabotieren. Im Februar 2014, als die Genfer Verhandlungen durch sensationelle Behauptungen über Fotos, die Folter in Syrien zeigen, untergraben wurden, tanzte die Zeitung «Christian Science Monitor» aus der Reihe der Mainstream-Medien, indem sie behauptete, es handle sich um eine «gut getimte Propagandaübung».

Journalisten sollen die Fakten kritisch hinterfragen, untersuchen und Widersprüche und Unwahrheiten aufdecken. Wenn die Medien das nicht tun, tragen sie eine gewisse Verantwortung, vor allem, wenn es zu Kriegen, Tod und Zerstörung führt. Wie bereits oben angeführt, gibt es viele schreckliche und blutige Beispiele für das Scheitern der Mainstream-Medien. Es sollte eine gewisse Verantwortlichkeit geben. Wann wird das der Fall sein?

Quelle: Consortiumnews. Übersetzung: antikrieg.com



Alarmmeldung vom 13. Januar auf den Handys der Bewohnerinnen und Bewohner von Hawaii: «Alarmmeldung: Ballistische Rakete bedroht Hawaii. Suchen Sie sofort Zuflucht. Dies ist keine Übung.»

Als die Atomrakete auf Hawaii zuraste

Reizende Aussichten

Am 13. Januar wurden die Menschen auf Hawaii durch einen falschen Raketenalarm in Angst und Schrecken versetzt. Der in Honolulu lebende Doktorand der Amerikanistik Robert J. Barsocchini schildert, wie er und seine Frau darauf reagierten.

Von Robert Barsocchini

Gestern Morgen, als ich Kaffee trank und die Zeitung las und meine Frau sich auf die Arbeit vorbereitete, hörten wir einen Notruf von unseren Telefonen. Ich dachte, es wäre eine Sturmwarnung, aber das Wetter war klar. Meine Frau sah ihr Telefon an und sagte, dass eine Rakete kommen würde. Sie sprang sofort in Aktion, nahm eine Gallone Wasser aus dem Kühlschrank und brachte sie und unsere Hunde ins Badezimmer, während ich mir die Nachricht auf ihrem Handy ansah und versuchte, das Gesagte zu verarbeiten. Es war ein Notfallalarm vom Staat: Oh, nein!

Im Moment fliegt eine ballistische Rakete mit einer Geschwindigkeit von 15 000 Meilen pro Stunde durch die Luft nach Hawaii – wahrscheinlich nach Honolulu, wo wir uns befinden. Das passiert gerade.

Als Absolvent der Amerikanistik verfolge ich die Politik sehr genau und habe studiert, was bei einer Atomexplosion passiert. Ich wusste, dass Nord- und Südkorea während der Woche Friedensgespräche über die Olympischen Spiele geführt hatten, und als Reaktion darauf hatte das Trump-Regime illegale militärische Angriffe auf Nordkorea angedroht und atomare Bomberflugzeuge über das Gebiet geflogen. Also dachte ich mir, dass entweder Trump, in Anlehnung an Nixons selbsternannte «verrückte» Tradition, beschlossen hatte, einen Überraschungsangriff durchzuführen, und Nordkorea reagierte darauf, oder Nordkorea hatte einfach Angst vor einem selbstmörderischen Erstschlag. So oder so, dachte ich, das würde wahrscheinlich den Beginn eines riesigen Krieges bedeuten.

Ein ballistischer Raketenangriff schien schon immer eine ziemlich unwahrscheinliche Möglichkeit zu sein, aber etwas, was sicherlich jederzeit passieren könnte – und wahrscheinlich viel wahrscheinlicher war, als wir uns das vorzustellen wünschen. Und nun wurde uns von der Regierung in ganz eindeutigen Worten gesagt, es sei geschehen. Die Rakete war auf dem Weg. Sie würde jeden Moment einschlagen.

So kauerten wir uns im Badezimmer zusammen und bereiteten uns auf einen extrem schmerzhaften Tod oder einen nahen Tod vor. Während wir warteten, suchten wir online nach weiteren Neuigkeiten. Alles, was bei der Suche herauskam, waren Leute, die über den Alarm twitterten, Schock ausdrückten oder Dinge wie «Rakete auf Hawaii», «Ich werde jetzt sterben» sagten.

Also schickten wir einen Gruppentext an unsere Familien und verabschiedeten uns. Das könnte es für uns sehr wohl sein, da es für so viele schon einmal in ähnlicher Weise geschehen ist.

Nach etwa zwei Minuten des Wartens und Vorstellungen von der Hitzewelle, Verbrennungen dritten Grades, brennenden Organen, Sturm aus fliegendem Glas und Metall, Wind mit 600 Meilen pro Stunde und einstürzenden Gebäuden, was alles passieren würde, haben wir uns entschlossen, einen Ausbruch zu machen, um Schutz auf höher gelegenem Gebiet weiter weg von Honolulu zu finden.

Wir nahmen die Hunde und eilten hinaus. Einige Leute waren draussen und weinten, mit verzweifelten Ausdrücken, die sagten, dies sei das Ende, das wird sehr schlimm werden. Wir fragten, ob sie mit uns kommen wollten, aber sie lehnten ab. Wir stiegen in unser Auto und fuhren bergauf von Honolulu weg und fuhren auf einen Safeway-Parkplatz. Einige Leute rannten mit Kisten mit Wasser aus dem Gebäude. Wir eilten mit unseren Hunden in das Innere von Safeway. Die Leute sassen auf dem Boden, die Köpfe in den Händen und warteten auf den Einschlag. Zehn Minuten waren vergangen. Bald würde es passieren.

Sobald wir uns fühlten, als wären wir an der besten Stelle im Gebäude, überprüften wir hektisch unsere Telefone erneut, als wir uns die Apokalypse vorstellten, die jede Sekunde stattfinden würde. Ich sah dann, dass die hawaiianische Abgeordnete Tulsi Gabbard gerade auf Twitter angekündigt hatte, dass sie die Behörden angerufen hatte und dass diese bestätigt hatten, dass es ein falscher Alarm war. Zu diesem Zeitpunkt hatten wir zwölf Minuten damit verbracht, zu denken, dass eine nukleare ballistische Rakete tatsächlich auf Hawaii zusteuert und dass alles im Begriff war, extrem schrecklich zu werden.

Von der Vorstellung, dass sich Ihre Welt so verändern wird, hin zu «Hoppla, falscher Alarm», ist eine ziemliche Umstellung.

Wir fingen an, den Leuten zu erzählen, dass wir von Gabbard gehört hatten, dass es sich um einen Fehlalarm handelte. Wir gingen raus und erzählten es anderen. Die Nachricht schien sich zu verbreiten, dass es keine Rakete gab. Die Leute waren immer noch vorsichtig, aber beruhigten sich. Wir setzten uns mit unseren Familien in Verbindung.

Als wir versuchten, uns zu erfangen und zu diskutieren, was geschehen war, waren wir uns einig, dass es nicht so sehr darum ging, wütend auf denjenigen zu sein, der versehentlich den Alarm ausgelöst hatte (obwohl das offensichtlich ein schlimmer Fehler war), sondern vielmehr auf das Vorhandensein von Umständen, in denen eine Atombombe auf den Kopf zu bekommen tatsächlich eine Sache ist, die jederzeit realistisch passieren kann.

Wir dachten an die Millionen von Menschen, die durch diese Art von Waffen tatsächlich ausgelöscht oder ernsthaft verstümmelt wurden, die von unseren Steuergeldern bezahlt und von Rassisten und Sesselkriegern anstelle von Verhandlungen, in Aggressionskriegen und aussergerichtlichen Hinrichtungen eingesetzt wurden – durch das Regime, das das Territorium kontrolliert, in dem wir leben. Wir dachten daran, dass die Menschen, die unter diesem und einem weitaus grösseren Ausmass an Stress und Bedrohung leben, ständig getötet und entsetzlich verstümmelt werden, ständig durch Sprengstoffe, für die wir zahlen müssen, oder durch Proxy-Regime, die von dieser Regierung unterstützt werden – dem grössten Waffenhändler der Welt und 2013 in einer globalen Umfrage als die bei weitem grösste Bedrohung für den Weltfrieden bezeichnet. (...) Wir haben gesehen, dass Propagandaunternehmen wie CBS den Fehlalarm auf Hawaii bereits nutzten, um ihre äusserst erfolgreichen Bemühungen fortzusetzen, die US-Bürger auf die Aggression gegen den «Schurkenstaat» Nordkorea vorzubereiten, ein Staat notabene, der einen massiven Völkermord durch US-Bomber erlitten hat und seitdem von US-Bombern umzingelt und belagert wird.

Ein Freund ausserhalb Hawaiis, der praktisch nur westliche Propaganda-Nachrichtenmedien konsumiert, sagte zu mir, dass, wenn wir gestern atomisiert worden wären, «wenigstens Nordkorea kein Problem mehr wäre», da die USA es von der Landkarte löschen würden. Millionen von Menschen, einschliesslich uns, würden schrecklich sterben, aber eine Volksgruppe, die Opfer des amerikanischen Völkermords geworden ist und unter ständigem, intensivem Druck und militärischer Bedrohung durch denselben, völkermörderischen Staat lebt, würde für die Ewigkeit völlig ausgelöscht werden. Reizend.

Quelle: antiwar.com / Übersetzung: antikrieg.com. Der Text wurde von uns leicht gekürzt.

Jeanne d'Arc von Palästina

Freiheit für Ahed!

Ahed Tamimi erteilt Israelis eine Lektion, die Gandhi würdig ist. Und sie hat den bis jetzt anonymen palästinensischen Kindern, die Israel des Steinewerfens beschuldigt, ein Gesicht gegeben.

Von Jonathan Cook

Die 16-jährige Ahed Tamimi mag nicht das sein, was Israelis im Sinn hatten, als sie über viele Jahre hinweg Palästinenser dafür kritisierten, dass kein Mahatma Gandhi oder Nelson Mandela aus ihren Reihen kam.

Früher oder später kommen aus kolonisierten Völkern Persönlichkeiten, die am besten geeignet sind, die verkommenen Werte im Kern der Gesellschaft, die sie unterdrückt, in Frage zu stellen. Ahed ist für diese Aufgabe bestens qualifiziert.

Anfangs Januar wurde die 16-Jährige Ahed Tamimi vor einem israelischen Gericht wegen Körperverletzung und Aufstachelung angeklagt. Sie zwei schwer bewaffnete israelische Soldaten geohrfeigt, als die sich weigerten, den Hof ihres Familienhauses im Dorf Nabi Saleh im Westjordanland in der Nähe von Ramallah zu verlassen. Ihre Mutter, Nariman, befindet sich ebenfalls in Haft, weil sie den Vorfall auf Video festhielt.

Ahed schlug zu, kurz nachdem Soldaten in der der Nähe ihren 15- jährigen Cousin in den Kopf geschossen hatten und ihn schwer verletzten.

Westliche Kommentatoren haben Ahed weitgehend die Art grosszügiger Unterstützung verweigert, die denjenigen die in Ländern wie China und Iran für demokratische Rechte demonstrieren zuteil wird. Dennoch ist die palästinensische Schülerin – möglicherweise mit einer langen Gefängnisstrafe konfrontiert, weil sie sich ihren Unterdrückern widersetzt – schnell zu einer Ikone in den sozialen Medien geworden.

jährige israelische Friedensaktivistin dazu, sie als Jeanne d'Arc von Palästina zu bezeichnen. Doch nur wenige Israelis sind so entzückt.

Nicht nur widerspricht sie dem israelischen Stereotyp darüber wie Palästinenser sind, sie hat auch der Selbsttäuschung einer starken militarisierten, männlichen Kultur einen Schlag versetzt.

Sie hat auch den bis jetzt anonymen palästinensischen Kindern, die Israel des Steinewerfens beschuldigt, ein Gesicht gegeben.

Palästinensische Dörfer wie Nabi Saleh werden regelmässig von Soldaten überfallen. Kinder werden mitten in der Nacht aus ihren Betten gezerrt, so wie Ahed während ihrer Verhaftung letzten Monat und Menschenrechtsgruppen dokumentieren, wie Kinder in Haft routinemässig geschlagen und gefoltert werden.

Viele Hunderte, die beschuldigt werden Steine geworfen zu haben, passieren jedes Jahr israelische Gefängnisse. Mit einer Verurteilungsrate von über 99 Prozent werden die Kinder vor israelischen Militärgerichten schuldig gesprochen und zu Haftstrafen verurteilt. Sie haben vielleicht Glück gehabt. In den letzten 16 Jahren hat die israelische Armee durchschnittlich 11 Kinder im Monat getötet.

Das im israelischen TV wiederholt ausgestrahlte Video von Aheds Mutter droht, das Selbstverständnis Israels als David, der gegen einen arabischen Goliath kämpft, auf den Kopf zu stellen. Dies erklärt die bösartige Entrüstung, die Israel seit der Ausstrahlung des Videos ergriffen hat.

Präsent auch an der Jerusalem-Kundgebung vom 3. Februar in Bern: Plakate mit dem Konterfrei von Ahed Tamimi. Foto Wanitsch

Während Ahed den meisten Israelis bisher unbekannt gewesen sein mag, ist sie für Palästinenser und Aktivisten auf der ganzen Welt ein vertrautes Gesicht.

Seit Jahren konfrontiert sie wöchentlich zusammen mit anderen Dorfbewohnern die israelische Armee, die die Herrschaft der jüdischen Siedler über Nabi Saleh durchsetzt. Diese Siedler haben gewaltsam die Landfläche des Dorfes und die alte Quelle übernommen, eine lebenswichtige Wasserquelle für eine von der Landwirtschaft abhängige Dorfgemeinschaft.

Ahed zeichnet sich durch ihr unbändiges blondes Haar und ihre strahlend blauen Augen aus, seit sie ein kleines Mädchen war, wird regelmässig gefilmt, wie sie Soldaten konfrontiert. Solche Szenen inspirierten eine lang-

Wie vorherzusehen war waren israelische Politiker verärgert. Bildungsminister Naftali Bennett äusserte die Meinung, dass Ahed, «ihr Leben im Gefängnis beenden» solle. Kulturministerin Miri Regev, eine ehemalige Armeesprecherin, sagte, sie fühle sich persönlich von Ahed «gedemütigt» und «vernichtet».

Beunruhigender ist jedoch eine Mediendebatte, die das Versagen der Soldaten, Ahed als Reaktion auf ihre Ohrfeigen zu schlagen, als «nationale Schande» bezeichnet.

Der angesehene Fernsehmoderator Yaron London zeigte sich erstaunt darüber, dass die Soldaten «davon abgesehen haben, ihre Waffen gegen sie einzusetzen», und fragte sich, ob sie «aus Feigheit gezögert hätten».

Viel düsterer waren aber die Drohungen von Ben Caspit, einem führenden israelischen Analysten. In einer hebräischen Kolumne schrieb er, dass Aheds Verhalten «das Blut jeden Israelis zum Kochen bringe». Er schlug vor, sie «im Dunkeln, ohne Zeugen und Kameras» zu bestrafen, und fügte hinzu, dass seine eigene Form der Rache zu seiner sicheren Inhaftierung führen würde.

Ahed Tamimi, am 31. Januar 2018 gerade erst 17 Jahre alt geworden, vor israelischem Gericht. Foto Issam Rimawi/facebook

Diese Phantasie – kaltblütig ein inhaftiertes Kind zu vergewaltigen, hätte jeder Israeli abstossend finden sollen. Und doch ist Caspit immer noch sicher in seinem Job.

Aber abgesehen von der Offenlegung des Zustands einer kranken Gesellschaft, die süchtig ist nach der Entmenschlichung und Unterdrückung der Palästinenser, einschliesslich der Kinder, wirft der Fall Ahed die beunruhigende Frage auf, welche Art von Widerstand Israelis den Palästinensern zugestehen.

Zumindest das Völkerrecht ist eindeutig. Die Vereinten Nationen haben festgelegt, dass es Menschen unter Besatzung erlaubt ist, «alle verfügbaren Mittel», einschliesslich des bewaffneten Kampfes, zu nutzen, um sich selbst zu befreien.

Aber Ahed, die Dorfbewohner von Nabi Saleh und viele Palästinenser wie sie ziehen es vor, eine andere Strategie zu verfolgen – einen konfrontativen militanten, zivilen Ungehorsam. Ihr Widerstand widerspricht der Annahme des Besatzers, dass er berechtigt ist, über die Palästinenser zu herrschen.

Ihr Vorgehen steht in starkem Kontrast zu den ständigen Kompromissen und der so genannten «Sicherheitskooperation», die von der Palästinensischen Autonomiebehörde von Mahmoud Abbas akzeptiert werden.

Laut dem israelischen Kommentator Gideon Levy zeigt der Fall Ahed, dass die Israelis den Palästinensern das Recht verweigern, nicht nur Raketen, Gewehre, Messer oder Steine zu benutzen, sondern auch das, was er spöttisch als «Aufstand der Ohrfeigen» bezeichnet.

Ahed und Nabi Saleh haben gezeigt, dass der unbewaffnete Volkswiderstand – wenn er Israel und der Welt unangenehm sein soll – es sich nicht leisten kann, passiv oder höflich zu sein. Er muss furchtlos, antagonistisch und verstörend sein.

Vor allem muss er dem Unterdrücker einen Spiegel vorhalten. Ahed hat den Gewehr schwingenden Schläger entlarvt, der in der Seele zu vieler Israelis lauert. Das ist eine Lektion, die Gandhi oder Mandela würdig ist.

PS: Inzwischen wurde Nabi Saleh zur «geschlossenen militärischen Zone» erklärt.

Quelle: mondoweiss.net

Übersetzung: M. Kunkel, palaestinakomitee-stuttgart.de

Einige Monate nach diesem Ereignis in Südafrika, als Ahed die schwer bewaffneten Soldaten herausforderte, war es keine spontane Wut, die sie motivierte, wegen des 15-jährigen Mohammed Tamimi, der vor kurzem und nur wenige Meter entfernt, schwer verwundet worden war. Es war auch nicht die Provokation der Soldaten, die in unser Haus kamen. Nein. Diese Soldaten oder andere, die in ihrem Handeln und ihrer Rolle identisch sind, sind seit der Geburt von Ahed unerwünschte und ungebetene Gäste in unserem Haus. Nein. Sie stand vor ihnen, weil das unser Weg ist, weil Freiheit nicht als Wohltätigkeit gegeben wird und weil wir trotz des hohen Preises bereit sind, ihn zu bezahlen.

Meine Tochter ist erst 16 Jahre alt. In einer anderen Welt, in Eurer Welt, würde ihr Leben ganz anders aussehen. In unserer Welt steht Ahed stellvertretend für eine neue Generation junger Freiheitskämpfer unseres Volkes. Diese Generation muss ihren Kampf an zwei Fronten führen. Auf der einen Seite haben sie natürlich die Pflicht, den israelischen Kolonialismus, in den sie hineingeboren wurden, bis zu dem Tag, an dem er zusammenbricht, immer wieder herauszufordern und zu bekämpfen. Andererseits müssen sie sich mutig der politischen Stagnation und Degeneration stellen, die sich unter uns ausgebreitet hat. Sie müssen die Lebensader werden, die unsere Revolution zu neuem Leben erwecken wird, aus der wachsenden Kultur der Passivität, die aus jahrzehntelanger politischer Untätigkeit entstanden ist.

Ahed ist eine von vielen jungen Frauen, die in den kommenden Jahren den Widerstand gegen die israelische Herrschaft anführen werden. Sie interessiert sich nicht für das Rampenlicht, das aufgrund ihrer Verhaftung derzeit auf sie gerichtet ist, sondern für echte Veränderungen. Sie ist nicht das Produkt einer der alten Parteien oder Bewegungen, und in ihren Aktionen sendet sie eine Botschaft aus: Um zu überleben, müssen wir uns unvoreingenommen unseren Schwächen stellen und unsere Ängste überwinden.

In dieser Situation besteht meine grösste Pflicht und die meiner Generation darin, sie zu unterstützen und Platz zu machen, uns zurückzuhalten und nicht zu versuchen, diese junge Generation in der alten Kultur und Ideologie, in der wir aufgewachsen sind, zu korrumpieren und einzusperren.

Ahed, keine Eltern der Welt wollen ihre Tochter sehen, wie sie ihre Tage in einer Haftzelle verbringt. Wie auch immer, Ahed, niemand könnte stolzer auf dich sein als ich. Du und deine Generation sind mutig genug, um endlich zu gewinnen. Deine Taten und dein Mut erfüllen mich mit Ehrfurcht und bringen mir Tränen in die Augen. Aber gemäss ihrer Bitte sind das keine Tränen der Trauer oder des Bedauerns, sondern Tränen des Kampfes.

Quelle: www.haaretz.com. Übersetzung: palaestinakomitee-stuttgart.de, mit Unterstützung von deepl.com

Bassem Tamimi über seine Tochter

Tränen des Kampfes

Ahed Tamimis Vater Bassem ist stolz auf seine Tochter: «Sie ist eine Freiheitskämpferin, die in den kommenden Jahren den Widerstand gegen die israelische Herrschaft anführen wird.»

Von Bassem Tamimi

Auch diese Nacht, wie alle anderen Nächte, als Dutzende von Soldaten unser Haus mitten in der Nacht überfallen haben, werden meine Frau Nariman, meine 16-Jährige Tochter Ahed und Ahed's Cousine Nur hinter Gittern verbringen. Obwohl es Aheds erste Verhaftung ist, ist sie keine Fremde in Euren Gefängnissen. Meine Tochter hat ihr bisheriges Leben unter dem Schatten des israelischen Gefängnis- Systems verbracht – angefangen von meinen langen Haftstrafen während ihrer Kindheit, über die wiederholten Verhaftungen ihrer Mutter, ihres Bruders und ihrer Freunde, bis hin zu der offenen und verdeckten Bedrohung, die durch die ständige Anwesenheit Eurer Soldaten in unserem Leben präsent ist. Also war ihre eigene Verhaftung nur eine Frage der Zeit. Eine unvermeidliche Tragödie, die nur auf eine Gelegenheit wartete.

Auf einer Reise nach Südafrika vor einigen Monaten, haben wir einem Publikum ein Video vorgeführt, das den Kampf unseres Dorfes Nabi Saleh gegen die Herrschaft Israels dokumentiert. Als die Lichter wieder an waren, stand Ahed auf, um den Menschen für ihre Unterstützung zu danken. Als sie bemerkte, dass einige der Zuhörer Tränen in den Augen hatten, sagte sie zu ihnen: «Wir sind vielleicht Opfer des israelischen Regimes, aber wir sind genauso stolz auf unsere Entscheidung, für unsere Sache zu kämpfen, trotz der uns bekannten Kosten. Wir wussten, wohin uns dieser Weg führen würde, aber unsere Identität, als Volk und als Individuen, ist in unserem Kampf verwurzelt und wird von dort befeuert. Jenseits des Leidens und der täglichen Unterdrückung der Gefangenen, der Verwundeten und Getöteten, kennen wir auch die ungeheure Kraft, die aus der Zugehörigkeit zu einer Widerstandsbewegung erwächst; die Hingabe, die Liebe, die kleinen erhabenen Momente, die aus der Entscheidung hervorgehen, die unsichtbaren Mauern der Passivität zu zerschlage. Ich will nicht als Opfer wahrgenommen werden, und ich werde ihnen nicht die Macht geben, zu definieren, wer ich bin und was ich sein werde. Ich entscheide selbst, wie ich gesehen werde. Wir wollen nicht, dass ihr uns wegen einiger fotogener Tränen unterstützt, sondern weil wir uns für den Kampf entschieden haben und unser Kampf ist gerecht. Nur so können wir eines Tages aufhören zu weinen.»

Ukraine-Krieg als Vorwand für EU-Aufrüstung

Herbeigeschriebene Bedrohung

Der Ton in unseren Medien gegenüber Russland hat sich deutlich verschärft. Wer Aufrüstung rechtfertigen will, braucht ein Bedrohungsszenario. Russland, das sich die Krim einverleibt hat, ergibt ein perfektes Feindbild.

Von Antoinette Mächtlinger

«Russland tritt zunehmend aggressiv auf, hat die Krim annektiert, einen Dauerkrieg im Osten der Ukraine angezettelt (...). Das setzt nicht nur die Nato unter Druck, sondern gibt auch dem Ruf nach einer gemeinsamen Sicherheitspolitik der EU neuen Auftrieb. Nach Jahrzehnten des Zögerns einigten sich zum Jahresende 25 EU-Mitglieder darauf, ihre Verteidigung enger zu koordinieren.» *(Der Bund / Tages-Anzeiger vom 3.Januar 2018)*

Kritiklos übernehmen unsere Medien in letzter Zeit das Nato-Mantra der russischen Aggression in der Ukraine. Die Verantwortlichen von TA und Bund müssten in ihren eigenen Zeitungen zurückblättern: da könnten sie sehen, dass sie schon einmal viel differenzierter berichtet haben. Wir haben in den Blättern des ersten und zweiten Ukraine-Kriegsjahres nachgeschaut. Hier einige Beispiele:

Vertrag über russischen Flottenstützpunkt auf der Krim

«Die neue ukrainische Führung hat klargemacht, dass sie den Vertrag über die Stationierung russischer Soldaten in Sewastopol schnellstens beenden will. Mit der Annektierung erspart sich Putin nun den erniedrigenden Abzug. Für die meisten Russen ist die Krim nicht nur strategisch, sondern auch psychologisch wichtig: Das ist russisches Territorium, auch wenn nicht alle dafür gleich einen Krieg riskieren würden.» *(«Bund», 7.3.2014)*

Nato bietet Militärhilfe an

«In Kiew hat Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen der Ukraine Unterstützung gegen die russische ‹Aggression› zugesagt und Moskau aufgerufen, seine Truppen von der ukrainischen Grenze zurückzuziehen. Er warf Russland vor, die Rebellen immer mehr statt weniger zu unterstützen. *(«Bund», 8.8.2014)*

Und einen Monat später:

«Die Ukraine liess derweil verlauten, man werde von fünf Nato-Staaten Waffen erhalten. Neben den USA seien dies Frankreich, Italien, Polen und Norwegen, teilte Poroschenkos Berater Juri Lusenko mit. Die Vereinbarungen darüber seien auf den Nato-Treffen erzielt worden. Die USA und Norwegen dementierten die Angaben. Aus Nato-Kreisen hiess es, die Allianz werde keine Waffen an die Ukraine liefern, da sie nicht Mitglied sei. Einzelnen Nato-Mitgliedern stehe es aber offen, dies zu tun.» *(«Bund», 8.9.2014)*

Verhinderung eines Waffenstillstands

«(...) An vorderster Front trat dabei das sogenannte Bataillon Donbass auf, eine Freiwilligeneinheit innerhalb der ukrainischen Nationalgarde, die dem Präsidenten offen drohte. ‹Dies könnte die letzte friedliche Aktion sein›, sagte ihr Chef Semjon Sementschenko warnend. Wenn Poroschenko nach dem Auslaufen des Waffenstillstands nicht Massnahmen ergreife, werde man ihn als Verräter betrachten, und er werde das Schicksal von Wiktor Janukowitsch teilen, seinem von der Revolution aus dem Amt gejagten Vorgänger.» *(«Bund», 2.7.2014)*

Und am 11.8.2014:

«Die prorussischen Separatisten hatten am Samstag ihre Bereitschaft zu einem Waffenstillstand erklärt. Damit könne eine humanitäre Katastrophe im umkämpften Osten des Landes verhindert werden, erklärte Sachartschenko. Er warnte, dass es in Donezk schon jetzt an Lebensmitteln, Medikamenten, Wasser und Elektrizität mangele. Doch die Ukraine lehnte die vorgeschlagene Feuerpause ab. Die Rebellen müssten weisse Flaggen hissen und aufgeben, sagte Armeesprecher Andrei Lisenko. In Kiew zählten keine Worte, sondern Taten. Die Rebellen müssten ihre Waffen bedingungslos niederlegen. Der russische Aussenminister Sergei Lawrow sagte, Moskau spreche mit der Ukraine und dem internationalen Roten Kreuz über Lieferungen etwa von Medikamenten in das krisengeschüttelte Nachbarland. Es gehe vor allem darum, Einvernehmen über die dringende Notwendigkeit von Hilfslieferungen für die Region um Luhansk und Donezk herzustellen, sagte Lawrow.»

Hilfskonvoi

«Der neuste Schlagabtausch dreht sich um den russischen Hilfskonvoi, den Moskau losgeschickt hat und der in der Ostukraine eigentlich dringend benötigt würde: Hunderttausende Menschen sind vor den Kämpfen geflüchtet, Hunderttausende sitzen in den belagerten Grossstädten Donezk und Luhansk fest. Informationen sind spärlich und oft gefärbt, aber so viel ist klar: Es geht den Zivilisten dort miserabel, und Hilfe bekommen sie keine.» *(«Bund», 15.8.2014)*

«Rechter Sektor» und Freiwilligen-Bataillone

«Nach seiner Wahl hatte Poroschenko eigentlich Friedensverhandlungen in Aussicht gestellt, dann aber eine bedingungslose Kapitulation als Voraussetzung dafür verlangt. So geht die Bombardierung von Zivilisten in der Ostukraine weiter. Das ‹Wohlergehen der Ukraine› sei ein ‹zentrales Ziel› Deutschlands, sagte Merkel gestern in Kiew. Was das aus ihrer Sicht bedeutet, hat sie Gastgeber Poroschenko ebenfalls mitgeteilt – und es dürfte ihm nicht gefallen haben. Die Ukraine, stellte Merkel lakonisch fest, bestehe aus ‹sehr unterschiedlichen› Regionen und deshalb sei es wichtig, allen unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht zu werden. Im Klartext heisst das: Kümmert euch gefälligst um die russischstämmigen Leute im Osten. Das Problem dabei: Poroschenko steht unter gewaltigem Druck vonseiten des ‹Rechten Sektors›. Die Naionalisten haben gerade erst letzte Woche einen Machtkampf mit der Regierung gewonnen, indem sie einen bewaffneten Marsch auf Kiew angedroht hatten.» *(Sonntags-Zeitung, 25.8.2014)*

Und der «Bund» vom 28.11. 2014:

«(...) Andere Prioritäten scheinen für die zahlreichen Vertreter der Freiwilligen-Bataillone zu gelten, die vor allen in den Fraktionen der Volksfront von Arseni Jazenjuk sowie als parteilose Kandidaten in die Rada gewählt wurden. ‹Wir brauchen einen kompletten Umbau des Verteidigungsministeriums›, sagt Dmitri Jarosch, der Anführer des ultranationalistischen Rechten Sektors. Die Soldatenvertreter erschienen am Donnerstag in Uniformen ihrer Einheiten zur ersten Sitzung des neuen Parlaments.»

Weg frei für Nato-Beitritt

Einen Tag vor der geplanten Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen mit den prorussischen Aufständischen hat die Ukraine mit einer klaren Hinwendung zur Nato neue Spannungen ausgelöst. Das Parlament in Kiew votierte gestern mit grosser Mehrheit dafür, den Status der Ukraine als blockfreies Land aufzugeben. Der russische Aussenminister Sergei Lawrow sprach von einem ‹absolut kontraproduktiven Schritt›, der dazu beitrage, das Klima der Konfrontation weiter anzuheizen. Er kritisierte, es sei eine Illusion, dass mit einem derartigen Gesetz die ‹tiefe interne Krise› in der Ukraine beigelegt werden könne. *(«Bund», 24.12.2014)*

Reform im Sinn des Minsker Abkommens

«Das ukrainische Parlament hat in Kiew eine Reform für mehr Autonomie der Rebellengebiete gebilligt. Die Gegner reagierten mit brachialer Gewalt. Der gestrige Parlamentsentscheid sollte einen kleinen Etappensieg markieren auf dem Weg zum Frieden in der Ostukraine. (...) Doch statt dass sich Erleichterung einstellte, explodierte auf dem Platz vor dem Parlament die Gewalt. Dort hatten sich die rechtsextremistischen Gegner der Vorlage versammelt und begannen nun damit, auf die Polizei einzuprügeln. (...) Fast 100 Polizisten seien verletzt worden, hiess es in Kiew, vier von ihnen schwebten in Lebensgefahr. (...) Swoboda-Chef Oleh Tjahnybok, der persönlich unter den Demonstranten gesehen wurde, leugnete nicht, dass seine Leute an den Unruhen beteiligt waren, schob die Schuld an der Gewalt aber der Regierung zu. Diese habe mit ‹russischen Provokateuren› gemeinsame Sache gemacht. Diesmal verfing die Generalentschuldigung, dass Russland an allem schuld sei, jedoch nicht.» *(«Bund», 1.9.2015)*

Unser Fazit

Wer Aufrüstung rechtfertigen will, braucht ein Bedrohungsszenario. Russland, das sich die Krim einverleibt hat, ergibt ein perfektes Feindbild. Niemand fragt mehr, wie es dazu gekommen ist; niemand fragt mehr, wer das Minsker Friedensabkommen verhindert. Und wer denkt noch an die leidende Zivilbevölkerung?

Gerechtes Wirtschaften für den Frieden

«Unser Wohlstand beruht darauf, dass andere Menschen unter Bedingungen arbeiten müssen, die wir für uns selber nie akzeptieren würden», heisst es in dem gemeinsamen Aufruf, mit welchem über 40 Organisationen, darunter die Schweizerische Friedensbewegung SFB, für den Ostermarsch vom 2. April 2018 in Bern werben.

«Auf ausbeuterische Art und Weise werden Konsumgüter für uns hergestellt. Die lokale und globale Umwelt wird zugunsten einer billigen Produktion verschmutzt und verwüstet. Diese grosse Ungerechtigkeit verunmöglicht ein friedliches Zusammenleben im globalen Kontext.

Mit dem Ostermarsch laden wir alle dazu ein, ihren Beitrag für mehr Gerechtigkeit und Frieden zu leisten.

- Bemühen wir uns als Konsumentinnen, sozial- und umweltgerecht hergestellte Güter zu kaufen.
- Verzichten wir als Verantwortliche in Unternehmen auf die wirtschaftliche Ausbeutung von Mensch und Natur im In- und Ausland und machen wir die Produktionsbedingungen der Güter transparent.
- Setzen wir uns als Politikerinnen ein für verbindliche Regulierungen in der nationalen und internationalen Gesetzgebung.
- Sagen wir als Stimmbürgerinnen «JA» zur Konzernverantwortungsinitiative.
- Sind wir alle bereit, unseren Wohlstand zu teilen und somit gerechter zu verteilen.

So fördern wir den Frieden in Gegenwart und Zukunft.

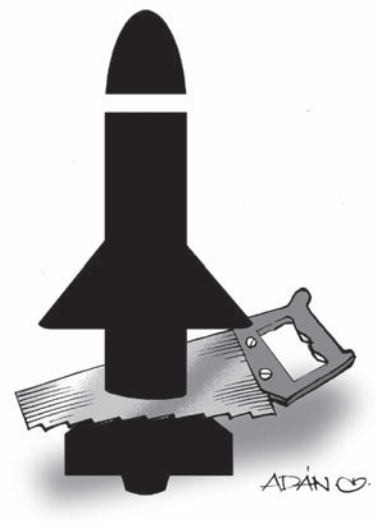
Keine Aufweichung des Kriegsmaterial-Exportes

Aufruf zur Vernunft

Im November forderten 13 Rüstungunternehmen die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats (SiK-S) dazu auf, die gesetzlichen Grundlagen so anzupassen, dass sie Kriegsmaterial in Bürgerkriegsländer exportieren dürfen. Jetzt sprechen sich 25 Organisationen, darunter die Schweizerische Friedensbewegung SFB, gegen eine solche Lockerung aus.

Unter Federführung der GSoA haben sich 25 Organisationen zusammengetan, um der Rüstungsindustrie die Stirn zu bieten. In einem gemeinsamen Brief fordern sie die Mitglieder der SiK-S dazu auf, nicht auf die Forderungen der Rüstungsindustrie einzugehen und stattdessen die bestehende Gesetzgebung konsequent durchzusetzen.

Wörtlich heisst es in dem Schreiben: «Bereits jetzt wird Kriegsmaterial in Länder exportiert, die in einen bewaffneten Konflikt involviert sind, der aber nicht auf ihrem Staatsgebiet stattfindet. Damit wird die bestehende Gesetzesgrundlage schon heute missachtet. Ein Export von Kriegsmaterial in Staaten, die Krieg führen, birgt viele Risiken und trägt auf keinen Fall zu einer friedlichen Lösung des Konflikts bei. Zum einen muss davon ausgegangen werden, dass das exportierte Material auch wirklich eingesetzt wird und dabei Menschen getötet werden. Daneben besteht das Risiko, dass damit Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen werden.



Das Ziel einer schweizerischen Neutralitätspolitik kann nicht sein, die eigene Rüstungsindustrie zu unterstützen und dabei die Stabilität anderer Länder zu gefährden. Was im EDA durch ‹Gute Dienste›, Vermittlungsprozesse und diplomatisches Geschick erreicht wird, würde bei einer Lockerung der Kriegsmaterialverordnung zunichte gemacht. Gemäss dem UNHCR sind täglich 28 300 Menschen gezwungen, ihr Zuhause wegen Krieg und Verfolgung zu verlassen. Der Export von Kriegsmaterial in Kriegsgebiete trägt unter keinen Umständen dazu bei, dass sich die Lage dort beruhigt oder eine zivile Konfliktlösung gesucht wird. Stattdessen werden bewaffnete Konflikte weiter angetrieben und noch mehr Leute gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen und einen äusserst gefährlichen Weg der Flucht auf sich zu nehmen.

Was die Forderung der Rüstungsunternehmen treibt, ist eine egoistische, wirtschaftszentrierte Sicht, welche die Auswirkungen ihrer Tätigkeit verkennt und die Arbeitsplätze in der Schweiz höher gewichtet als die Menschenrechte und die globale Stabilität. Ausnahmsweise kennt die Schweiz striktere Gesetze als die europäischen Nachbarstaaten und könnte damit in einem wichtigen Politikbereich eine Vorreiterrolle spielen. Wir bitten Sie daher, der globalen Situation und den gesamtschweizerischen Interessen Rechnung zu tragen, nicht auf die Wünsche der Rüstungsindustrie einzugehen und von einer entsprechenden Verordungsänderung abzusehen.»

Dr. Stelios Sofocli, Präsident des Friedensrates von Zypern, während seiner Ansprache am Kongress des Friedensrates vom Juli 2017. Foto zvg

Zypern-Konflikt

Lösung im Gespräch suchen

Die Republik Zypern im Süden der Insel ist von den Vereinten Nationen anerkannt und seit Mai 2004 Mitglied der Europäischen Union, die Türkische Republik Nordzypern, entstanden nach der türkischen Invasion und nachfolgenden Besatzung im Juli 1974, ist weder das eine noch das andere. Zwar ist die Grenze zwischen Nord und Süd durchlässig geworden, seit 2003 die Übergänge geöffnet wurden. Eine Freihandelsvereinbarung zwischen den Landesteilen existierte schon früher. Und wer als Türke oder Grieche einen Job im jeweils anderen Inselteil hat, kann ihn ausüben. Doch eine Wiedervereinigung scheiterte bisher.

UW-Redaktor Martin Schwander hat Dr. Stelios Sofocli, den Präsidenten des Friedensrates von Zypern, über die Situation in seinem Land befragt. Das Interview wurde schriftlich geführt.

UW: Stelios Sofocli, seit dem 8. Juli 2017 sind Sie der neue Präsident des Friedensrates von Zypern. Ihre Organisation wurde vor bald 70 Jahren gegründet. Seit über 43 Jahren ist der nördliche Teil Ihres Landes unter türkischer Besatzung und damit gespalten. Wie stark ist die Arbeit des Friedensrates dadurch geprägt?

Dr. Stelios Sofocli: Prioritäres Ziel des Zypriotischen Friedensrates (CPC) als Mitbegründer des Weltfriedensrates war immer die Erlangung des Weltfriedens und die Verhinderung eines Dritten Weltkrieges, eines Nuklearen Krieges. Von Anfang an hat sich der Zypriotische Friedensrat aber auch für die Befreiung unseres Landes von jeglicher Art imperialistischer Abhängigkeit und von Machenschaften eingesetzt, die gegen unser Volk und die Völker in der Region gerichtet sind. Wir kämpfen für die Schliessung der Britischen Militärstützpunkte auf der Insel und aller anderen NATO-Stützpunkte in der Region, welche für den Weltfrieden eine grosse Gefahr darstellen.

Die türkische Invasion und Besetzung von über 40% des Territoriums unseres Landes und die Stationierung von über 40 000 Soldaten des NATO-Landes Türkei in den besetzen Gebieten erschwert dort die Arbeit des CPC unter unseren Freunde und Mitgliedern. Bei jeder antiimperialistische Aktion des CPC bekräftigen wir den Willen des Zypriotischen Volkes für eine friedliche und nachhaltige Lösung des Zypern-Problems, für den Abzug der Türkischen Arme aus unserem Land, die Schliessung der Britischen Stützpunkte und allgemein für die Entmilitarisierung der Insel.

UW: Welche Auswirkungen hat die Spaltung des Landes auf den Alltag seiner Bewohner? Wie gross ist der Rückhalt in der Bevölkerung im Süden wie im Norden, diese Spaltung zu überwinden?

Dr. Stelios Sofocli: Die langjährige Spaltung der Insel und des Volkes verursacht grosse Probleme innerhalb der Bevölkerung. Die Ungewissheit über die Zukunft produziert Unzufriedenheit in beiden Bevölkerungsgruppen und somit wächst der Wille für eine Lösung des Problems. Die progressiven und friedliebenden Menschen in beiden Volksgruppen suchen Kontakte, um ihre Zusammenarbeit für eine friedliche Lösung zu koordinieren, der CPC versucht auch seine Arbeit anzupassen. Sicher es nicht einfach, weil in einer solchen Situation nationalistische, ultrarechte bis faschistische Gruppierungen Ideologien zu verbreiten versuchen, die die Zusammenarbeit beider Volksgruppen erschweren. So wurde beispielsweise die progressive Tageszeitung Afrika in den besetzen Gebieten von faschistischen Gruppen heimgesucht. Das Redaktionsgebäude wurde angegriffen, weil die Zeitung und ihr Chefredaktor die Aktion der Türkei in Afrin, im Kurdischen Gebiet in Syrien als Invasion benannt hat und mit der Invasion in Zypern 1974 verglich. Das ist eines der Beispiele, die zeigen in welch schwierigen Situation sich besonders die Türkischzypriotische Bevölkerungsgruppe befindet. Der CPC hat seine Solidarität sofort mit einer Resolution zum Ausdruck gebracht.

UW: Seit 1964 ist auf Zypern die «Friedenstruppe der Vereinten Nationen» (UNFICYP) stationiert. Es handelt sich dabei um eine der UN-Friedensmissionen mit der bislang längsten Einsatzdauer. Mitte Juli 2017 wurde ihr Mandat um weitere sechs Monate verlängert. Was hat Ihnen dieses Mandat bisher gebracht? Ist diese Präsenz weiterhin notwendig?

Dr. Stelios Sofocli: Das Mandat wurde vor einigen Tagen ein weiteres Mal verlängert. Es ist tatsächlich die UN-Friedensmission mit der längsten Einsatzdauer. Operativ hat diese kleine UN-Gruppe bei einer militärischen Auseinandersetzung keine grosse Bedeutung. Wichtig ist die jeweilige Resolution des UN-Sicherheitsrates zur Verlängerung des Mandats, weil sie den Inhalt und die Prinzipien alle vorherigen Resolutionen der UNO-Vollversammlung und des Sicherheitsrates wiederholt und bekräftig, dass sich eine friedliche und nachhaltige Lösung nur auf der Basis eines Bundesstaates finden lässt, in dem das zypriotische Volk friedlich, gemeinsam und ohne Einmischung von Aussen seine Unabhängigkeit und seine Zukunft bestimmen kann.

UW: Nur zwei Tage vor Ihrem Kongress, am 6. Juli 2017, sind die Gespräche über eine Wiedervereinigung Zyperns in Crans-Montana nach zwei Jahren für gescheitert erklärt worden. Welche Hoffnungen hatten Sie in diese Gespräche gesetzt? Ist die Spaltung Ihres Landes mit diesem Scheitern nun zementiert?

Dr. Stelios Sofocli: Es ist leider bekannt, dass jedes Mal, wenn Gespräche für die Wiedervereinigung geführt werden, die Hoffnung für eine friedliche Lösung wächst und jedes Mal, wenn sie scheitern entsprechend auch die Enttäuschung innerhalb der Bevölkerung in beiden Teilen der Insel zunimmt. Gleichzeitig wissen wir, dass ein derart kompliziertes Problem wie das zypriotische Problem nur mit Hilfe von Gesprächen gelöst werden kann. Zypern und Palästina sind die zwei Länder und Völker, die am längsten besetzt sind und alle wissen, dass eine Lösung nur mit Hilfe von Gesprächen herbeigeführt werden kann.

Friedensratspräsident Stelios Sofocli mit der kubanischen Kinderärztin und Friedensaktivistin Dr. med. Aleida Guevara March. Foto zvg

UW: In der Schlussdeklaration Ihres Kongresses setzen Sie eine friedliche Lösung des Zypern-Problems an die erste Stelle Ihres Aktionsprogrammes. Wie sehen Ihre konkreten Forderungen dazu aus und wo sehen Sie die grössten Schwierigkeiten? Gibt es Partner in der Zivilgesellschaft im Norden wie im Süden, mit denen Sie zusammenarbeiten können?

Dr. Stelios Sofocli: Bestimmt wird die friedliche Lösung des Zypern-Problems an erster Stelle eines jeden unserer Aktionsprogramme stehen, sie ist auch Bestandteil und eines der ersten Ziele des CPC, das im Statut verankert ist. Die grösste Schwierigkeit, um hierbei Fortschritte zu erreichen, ist die Teilung der Insel und die Präsenz der Türkischen Armee, die die Kontakte und die Zusammenarbeit der Menschen, der griechischen und türkischen Zyprioten erschweren. Sicher haben wir Partner in der Zivilgesellschaft auf beiden Seiten, mit denen wir in Kontakt stehen. Es handelt sich hierbei um progressive Jugend-, Frauen- und Studentenorganisationen, sowie Gewerkschaften und verschiedene Berufsverbände.

UW: Die NATO hat 1974 die Teilung der Insel aktiv betrieben. Inwiefern ist sie heute Hindernis für die Wiedervereinigung?

Dr. Stelios Sofocli: Tatsächlich war die NATO, zusammen mit der Militärjunta in Griechenland und der faschistischen Organisation EOKA B in Zypern Initiator und Betreiber des Putsches gegen Präsident Makarios, was der Türkei 1974 als Vorwand gedient hat, die Invasion und die Teilung der Insel zu vollziehen. Beide, sowohl Griechenland als auch die Türkei, sind NATO-Länder und Partner der US-Amerikaner. Die NATO hat heute noch grosse Geostrategische Interessen in der Region. So wie die Situation in Syrien, in Israel, Libanon und selbst in der Türkei sich entwickelt, und um die Gasvorkommen in der Region zu kontrollieren, kann man verstehen, dass die NATO grosses Interesse hat, was auf der Insel gegenwärtig und in der nahen Zukunft passieren wird.

UW: Sie fordern im Rahmen der Demilitarisierung Zyperns auch die Aufhebung der beiden britischen Militärstützpunkte in Akrotiri und Dekelia. Die frühere Regierungspartei und stärkste Oppositionskraft, die linke AKEL, möchte sich laut ihrem Generalsekretär Andros Kyprianou hingegen auf die Wiedervereinigung konzentrieren und nicht in einen Zweifrontenkrieg eintreten.

Dr. Stelios Sofocli: Die Schliessung der Britischen Militärstützpunkte in Zypern, der Abzug der Besatzungsarmee der Türkei und der Abzug aller anderen fremden Truppen von der Insel ist eine beständige Forderung des CPC. So ist es auch auf der ersten Seite der Statuten des CPC festgehalten. Bei jeder Aktion, die wir auf der Insel oder im Ausland im Rahmen des Weltfriedensrates durchführen, an Regionalen Treffen des Weltfriedensrates, während Bi- oder Trilateraler Kontakte hat diese Forderung höchste Priorität.

UW: Die Republik Zypern unter Präsident Makarios sprach sich in der Bewegung der Blockfreien für eine antiimperialistische Orientierung aus. Die heutige Regierung unter Staatspräsident Nikos Anastasiadis strebt eine enge Zusammenarbeit mit Israel an und hat sich bereits dreimal mit Netanjahu und dem griechischen Premier Tsipras zu Gesprächen über den Bau u.a. von Gaspipelines getroffen. Das Gas, das hier transportiert werden soll, stammt auch aus den völkerrechtlich umstrittenen Gebieten vor den Küsten Libanons und insbesondere des palästinensischen Gaza-Streifens. Wie stellt sich der Friedensrat Zyperns generell zu dieser Zusammenarbeit, die gemäss Anastasiadis zu einer «sicheren und stabilen Mittelmeerregion» beitragen soll?

Dr. Stelios Sofocli: Die andauernde Aggression der Türkei in der Region, der Missbrauch des Sicherheits- und Wetterinformationssystems NAVTEX und andere militärische Aktionen der Türkei in den Hoheitsgewässern der Republik Zypern und Griechenland, zweier unabhängiger Mitgliedsländer der UNO und der EU, ohne irgendwelche wesentliche Reaktionen dieser beiden Organisationen, beweisen das Gegenteil von dem was Herr Anastasiades sagt. Der Zypriotische Friedensrat hat jegliche Form solcher Zusammenarbeit mit Israel verurteilt, speziell die militärischen Verträge, welche die konservative Regierung Anastasiades mit Israel unterschrieben hat, ohne vorher das zypriotische Parlament zu informieren. Der CPC hat diese Verträge verurteilt, weil wir in ihnen eine Gefahr für den Zypriotischen Staat, das Volk und die Völker der Region sehen, speziell für das Palästinensische Volk, mit dem uns langjährige Freundschaft verbindet. Wir sind sicher, dass mittels dieser Verträge die Regierung Israels nur das Interesse Israels sichern will.

UW: Die langandauernde Besatzung Ihres Landes wird in unseren Medien kaum mehr beachtet und Zypern wird bei den meisten Menschen gleichgesetzt mit Ferien, Strand, Sonne und Kultur. Welche Wünsche haben Sie diesbezüglich an Ihre Partner in der Weltfriedensbewegung, deren Gründungsmitglied Sie ja sind?

Dr. Stelios Sofocli: Leider ist das, was Sie erwähnen, eine Tatsache. Der scheinbare Frieden, der zurzeit auf der Insel herrscht, lässt die Menschen besonders in Europa zu diese Annahme bzw. Meinung gelangen, dass die Insel der Afrodite ein sicheres Reiseziel ist, wo man schöne Ferien an sauberen Stränden, unter der Sonne und bei gutem Essen verbringen kann. Bedauerlicherweise haben die bürgerlichen Medien kein Interesse, auch über andere Dinge zu informieren. Die Gelegenheit, die mir die Schweizerische Friedensbewegung und ihr Zeitung gibt, über die Problematik zu berichten, welche das zypriotische Volk bereits seit 43 Jahren plagt, ist mir deshalb wichtig und wertvoll. Die direkten Kontakte zwischen den Friedensbewegungen unserer beiden Länder helfen uns, ebenso wie die trilateralen Treffen zwischen den Friedensbewegungen von Zypern, Griechenland und der Türkei, die wir seit acht Jahren durchführen, uns gegenseitig über unsere Probleme zu informieren und gemeinsame Interessen herauszuschälen.

Drei Jahre nach 12/17

Kuba und die USA

Nach zwei Jahren der Normalisierung in den Beziehungen zwischen Kuba und den USA bilanziert der kubanische Politikwissenschafter Abel González Santamaría im ersten Jahr der Ära Trump einen erheblichen Rückschritt.

Von Abel González S.

Am 17. Dezember 2014 (12/17) kündigten die Präsidenten Kubas und der USA, Raúl Castro Ruz und Barack Obama, zu gleicher Zeit an, dass die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern wieder aufgenommen würden und man in der Normalisierung der bilateralen Beziehungen voranschreiten werde. Ebenfalls wurde über die Rückkehr der drei Helden Kubas Gerardo, Ramón und Antonio in die Heimat informiert, die 16 Jahre lang in Gefängnissen der USA inhaftiert waren.

Beide Regierungschefs erkannten an, dass der Prozess in Richtung der Normalisierung lang, kompliziert und schwierig sein würde, es aber nicht unmöglich sei, ihn zu erreichen. Beide Länder nahmen nach Jahrzenten intensiver Konfrontation die Herausforderung der neuen Etappe an. Die Position war die gleiche, die seit 1959 vom Comandante en Jefe der kubanischen Revolution Fidel Castro Ruz erklärt worden war: Über die Prinzipien wird nicht diskutiert und erst recht nicht verhandelt, aber es können Lösungen für die Probleme gefunden werden und unter den Bedingungen der Gleichheit und der gegenseitigen Achtung Themen gemeinsamen Interesses festgestellt werden.

Die beiden ersten Jahre

Die Blockade blieb bestehen, die wiederholten Aufrufe des Präsidenten Barack Obama vor dem Kongress, damit dieser sie aufhob, zeigten keine Wirkung, und der US-amerikanische Regierungschef nutzte auch seine präsidialen Vorrechte nicht maximal aus, um in der Auflösung der Blockade voranzukommen. Er bestätigte jedoch fünf Massnahmenpakete, um einige Aspekte in der Umsetzung der Blockade zu verändern, und obwohl diese beschränkt und ungenügend waren, stellten sie positive Schritte dar, die es ermöglichten, die ersten Handelsabkommen in über fünf Jahrzehnten abzuschliessen. Es wurden Bereiche des Dialogs und der Kooperation geschaffen, die bewiesen, dass trotz der tiefen Meinungsverschiedenheiten bei mehreren Themen Lösungen gefunden werden können und ein Klima des «zivilisierten Zusammenlebens» geschaffen werden kann, wie dies bei mehreren Gelegenheiten Armeegeneral Raúl Castro Ruz hervorgehoben hatte.

Am 20. Januar 2017 beendete Obama sein Mandat. In nur zwei Jahren trug er dazu bei, die Beziehungen zu Kuba zu verbessern und erkannte dessen Regierung als legitimen Gesprächspartner an. Unverändert behielt er jedoch die geopolitische Ausrichtung der USA gegenüber Kuba bei, Umwandlungen in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht herbeizuführen, mittels eines subtileren Herangehens, das der strategischen Konzeption der sogenannten «intelligenten Macht» entsprach.

Einige der Fortschritte:

• Der Ausschluss Kubas aus der unilateralen Liste von Staaten, die den internationalen Terrorismus fördern.

• Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen und Wiedereröffnung der Botschaften.

• Schaffung des Bilateralen Ausschusses als politischem Mechanismus für das Auffinden von Lösungen für Probleme, die die Beziehungen beeinträchtigen, und Förderung der bilateralen Kooperation in Bereichen gegenseitigen Nutzens.

• Schaffung des Gesprächsmechanismus bezüglich der Anwendung und Durchsetzung der Rechtsvorschriften mit dem Ziel, in der Kooperation voranzukommen für die Konfrontation länderübergreifender Geisseln, die die Sicherheit beider Länder beeinträchtigen, und die Einrichtung von acht technischen Arbeitsgruppen zur Konfrontation von Terrorismus, Rauschgifthandel, Computer- und Netzsicherheit sowie Cyberkriminalität, Reise- und Handelssicherheit, Menschenschmuggel und Migrationsbetrug, Geldwäsche und Finanzverbrechen, Menschenhandel und Juristischer Beistand in stafrechtlichen Belangen.

• Einrichtung Bilateraler Wirtschaftsgespräche und von vier technischen Arbeitsgruppen bezüglich Regulierungsfragen, Energie, Investitionen, Handel und Kooperation sowie Industriellem Eigentum.

• Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung zur Absicherung einer geregelten, sicheren und geordneten Migration, die die Eliminierung der sogenannten Politik der «trockenen Füsse – nassen Füsse» sowie des Programms der provisorischen Zulassung kubanischer Gesundheitsfachkräfte beinhaltete.

• Wiederaufnahme des direkten Postverkehrs, Wiederherstellung der regulären Direktflüge US-amerikanischer Fluglinien und Beginn des Kreuzfahrtschiffverkehrs. Abkommen zu Dienstleistungen der Telekommunikation und Verträge mit einem US-amerikanischen Unternehmen für das Betreiben zweier Hotels in Havanna.

• Durchführung von 41 technischen Treffen zwischen Experten in Bereichen wie: Luftraum- und Flugsicherheit, Sicherheit des Seeverkehrs und der Häfen, Anwendung und Durchsetzung von Rechtsvorschriften, Konfrontation des Rauschgifthandels, des Menschenschmuggels und des Migrationsbetrugs, der Cybersicherheit, der Geldwäsche und des Terrorismus, Gesundheitswesen, Landwirtschaft, Umwelt, Hydrografie und Schiffahrtskarten, neben anderen. Im Verlaufe des Jahres 2016 wurden über 1 200 Aktionen des kulturellen, wissenschaftlichen, akademischen und sportlichen Austauschs zwischen beiden Ländern ausgeführt.

• Steigerung der Reisen von Bürgern der USA nach Kuba. Über 284 000 US-Bürger besuchten die Insel im Jahr 2016, was einem Wachstum von 74 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entsprach. Im gleichen Jahr besuchten 229 Unternehmensdelegationen das Land und es wurden 23 Handelsabkommen abgeschlossen. Es wurden Beziehungen zu 25 Unternehmensvereinigungen aufrecht erhalten, insbesondere zur Handelskammer der USA.

Unabhängig von den Beziehungen zu den USA hält Kuba an seinem eigenständigen Kurs der nachhaltigen Entwicklung fest. Wie der kubanische Präsident Raúl Castro Ruz im Juli 2017 während seiner Rede vor dem kubanischen Parlament bestätigte, «werden wir, ungeachtet dessen, was die Regierung der Vereinigten Staaten beschliesst oder nicht, weiter auf dem von unserem Volk souverän gewählten Weg voranschreiten». Foto cubadebate

• Unterzeichnung von 22 bilateralen Kooperationsinstrumenten in Bereichen wie Gesundheitswesen, Landwirtschaft, Umweltschutz und Durchsetzung von Rechtsvorschriften.

Im letzten Jahr

Das günstige Szenario nach 12/17 fiel mit dem Wahlprozess in den Vereinigten Staaten zusammen. Von den 17 Kandidaten für die Republikanische Partei erkannten nur zwei die Wiederherstellung der Beziehungen ihres Landes zur Insel an. Einer von ihnen war Donald Trump, obwohl er seine Absicht ausdrückte, eine «bessere Vereinbarung» mit der kubanischen Regierung zu erzielen. Er äusserte sogar, dass er «darüber nachdenkt, eines seiner Hotels in Kuba zu eröffnen» und dass das karibische Land «ein gewisses Potenzial» für Investoren habe.

Aus politischen Gründen änderte er diese Position zu Ende des Wahlkampfes, als er eine Allianz mit der extremen anti-kubanischen Rechten einging, um von ihrer politischen Wahlmaschinerie in Südflorida zu profitieren. Von diesem Moment an bewegte sich der damalige Präsidentschaftskandidat zum anderen Extrem und verstärkte den offensiven Diskurs gegen die kubanische Revolution und unsere historischen Führer.

Diese Position behielt er nach seinem Einzug ins Weisse Haus bei. Am 16. Juni 2017 kündigte er in Miami die Politik seiner Regierung gegenüber Kuba an, die einen Teil der in den letzten zwei Jahren erzielten Fortschritte rückgängig machte. Sie bedeutet einen Rückschlag in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern und Präsident Donald Trump hielt eine antikubanische Rede aus der Ära des Kalten Krieges, die von Drohungen, Lügen, Inkohärenz und falschen Anschuldigungen geplagt war. Ausserdem unterzeichnete er ein interventionistisches und offensives Memorandum gegen die Insel, das das von Obama unterzeichnete aufhob.

Dieses anti-kubanische politische Umfeld versuchte, das Interesse zu bremsen, das US-amerikanischer Firmen seit 12/17 am kubanischen Markt gezeigt hatten, und beabsichtigte, die Besuche von US-Bürgern auf der Insel zu beeinträchtigen, aber dieser Fluss hörte nicht auf, sondern wuchs. Bis November 2017 reisten 579 288 US-Amerikaner nach Kuba, was einem Wachstum von 248,7 % im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres entspricht.

In dieser Zeit behauptete die US-Regierung, es hätte angebliche «akustische Angriffe» gegen US-Diplomaten in Havanna gegeben, die vermutlich gesundheitliche Probleme verursachten. Ohne auf die Ergebnisse der laufenden Ermittlungen zu warten oder die Ursachen der angeblichen Vorfälle zu ermitteln, verpolitisierte die US-Regierung diese Situation und ergriff Massnahmen, die negative Auswirkungen auf die normale Entwicklung der bilateralen Beziehungen hatten.

Zu den schwerwiegendsten gehörten der Personalabbau des Generalkonsulats in Washington, der Abbau des Wirtschafts- und Handelsbüros der kubanischen Botschaft und die Verringerung der Zahl der US-Beamten in ihrer Botschaft in Havanna, die zur Aussetzung der Ausstellung von Visa für kubanische Reisende und Emigranten in ihrem Konsulat führte. Auch Kultur-, Sport- und Studentenveranstaltungen zwischen beiden Ländern wurden abgesagt, was sich auf die positive Dynamik des bilateralen Austauschs auswirkt.

In diesem Zusammenhang hat die Regierung der Vereinigten Staaten am 9. November 2017 spezifische Vorschriften in Kraft gesetzt, um die Blockademassnahmen umzusetzen, die in dem von Trump in Miami unterzeichneten Memorandum der Politik in Bezug auf Kuba enthalten sind, es wurden neue Beschränkungen für Reisen und Handel auferlegt, der eine Intensivierung der Blockade zur Folge hatten und den Rückschritt in den bilateralen Beziehungen bestätigten.

Diese Vorgehensweise kommt den Bestrebungen eines kleinen Teils der anti-kubanischen extremen Rechten unter Führung von Senator Marco Rubio nach, der den Präsidenten öffentlich dazu drängt, radikalere Massnahmen gegen Kuba zu ergreifen, darunter den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und die Schliessung der Botschaften. Diese Gruppe konnte jedoch nicht alle Fortschritte umkehren, dank der Unterstützung breiter Teile der US-amerikanischen Gesellschaft, die die Positionen der Konfrontation ablehnen und sich für eine weitere Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Nationen einsetzen.

Ein unnachgiebiger Sektor gegenüber Kuba ist verärgert darüber, dass die meisten US-Amerikaner, die in das Nachbarland reisen, die Fröhlichkeit der Kubaner, ihrer Bräuche, Kultur und Werte teilen und die sichere und friedliche Atmosphäre geniessen, die ihre Strassen und Städte ausstrahlen. Sie befürchten, dass die US-Amerikaner mit mehr Respekt für Kubas Geschichte und einem besseren Verständnis der Auswirkungen der Blockade auf das tägliche Leben der einfachen und hart arbeitenden Menschen in ihre Heimat zurückkehren.

Abel González Santamaría ist ein kubanischer Anwalt und als Politikwissenschafter und Buchautor spezialisiert auf Fragen der interamerikanischen Beziehungen und der nationalen Sicherheit. Quelle und Übersetzung: Granma internacional.

Schrittmacher in nuklearer Abrüstung

Kuba ratifiziert Atomwaffenverbot

Nach dem Vatikan, Guyana, Thailand und Mexiko hat Kuba als erst fünftes Land den Vertrag über das Verbot von Atomwaffen ratifiziert. Es gehört damit zur Avantgarde in der Zurückweisung dieser Kriegstechnologie, deren Anwendung zum Ende der menschlichen Gattung führen könnte.

Wie die Nachrichtenagentur Prensa Latina berichtete, hat die Ständige Vertreterin Kubas vor der UNO, Anayansi Rodríguez, die Ratifizierungsurkunde am 30. Januar 2018 während einer offiziellen Zeremonie eingereicht.

«Mit dieser Aktion bestätigt das Karibikland, dass es dieser Sphäre der Abrüstung höchste Priorität einräumt», fügte eine Mitteilung der Diplomatischen Mission Kubas in den Vereinten Nationen hinzu.

Der Vertrag über das Atomwaffen-Verbot wurde bisher von 56 Staaten unterzeichnet und von fünf ratifiziert. Er tritt erst in Kraft, nachdem 50 Länder ihre nationalen Prozesse der Ratifizierung abgeschlossen haben.

Der historische Anführer der Kubanischen Revolution Fidel Castro war einer der grössten Kritiker des Risikos, das Atomwaffen für die Zivilisationen einschliessen und trat in mehreren Reden und Schreiben für deren Abschaffung ein (siehe u.a. UW

An der Seite der...

Fortsetzung von Seite 1

feld in ihrem krankheitshalber nur schriftlich abgegebenen Referat an der erwähnten Medientagung. «Im Wettlauf mit den so genannten ‹sozialen Medien› feuern herkömmliche Medien – nicht alle, aber zu viele – Konflikte an, anstatt sie zu hinterfragen. Mit einseitiger Berichterstattung, ungeprüften Behauptungen und dem Verschweigen bekannter Tatsachen drängen sie zum Handeln, anstatt Ereignisse und deren Hintergründe transparent zu machen. Quellen werden ausgelassen, historische Entwicklungen gar nicht, kurzfristig oder einseitig dargestellt. Medien kontrollieren nicht mehr die politische Macht, sie sind Teil dieses Machtapparats geworden.»

Nicht zufällig nimmt sich diese Ausgabe der UW einiger Beispiele solcherart eingebundener Berichterstattung an, im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Ukraine und Syrien.

So wie wir immer wieder versucht haben, der Desinformation entgegenzuhalten. Wir befinden uns dabei im selben Boot wie Papst Franziskus: «Das Drama der Desinformation ist die Diskreditierung des anderen, seine Stilisierung zum Feindbild bis hin zu einer Dämonisierung, die Konflikte schüren kann», schreibt der kluge Kirchenführer aus Argentinien in seiner Botschaft aus Anlass des UNO-Welttages der Sozialen Kommunikationsmittel vom 13. Mai 2018. «Falschmeldungen gehen also mit intoleranten und zugleich reizbaren Haltungen einher und führen nur zur Gefahr, dass Arroganz und Hass eine immer weitere Verbreitung finden.»

Statt dessen lädt Papst Franziskus zu einem «Journalismus für den Frieden» ein, «einen Journalismus, der sich nicht verstellt; der der Unwahrheit, der Effekthascherei und dem prahlerischen Reden den Kampf ansagt; ein Journalismus, der von Menschen und für Menschen gemacht ist; der sich als ein Dienst versteht, der allen Menschen zugutekommt, vor allem jenen – und das ist in unserer heutigen Welt der Grossteil –, die keine Stimme haben.»

Die keine Stimme haben – oder zum Verstummen gebracht werden sollen. Deshalb setzt sich die UW gemäss ihrer Verpflichtung zur Solidarität auch für jene ein, die wegen ihres Einsatzes für Frieden, und Menschenwürde verfolgt und eingekerkert werden – in dieser UW etwa für Ahed Tamimi, für Ana Belén Montes, für Leonard Peltier.

Die UW, die Solidarität übt, wird selbst von der Solidarität getragen: durch direkte Mitarbeit vieler, wie sie im Artikel von Julia Hoppe beschrieben wird. Insbesondere aber auch durch Sie, liebe Leserin, lieber Leser, die Sie uns mit Ihren Reaktionen und Spenden immer wieder zu verstehen geben, dass Sie unseren «Journalismus für den Frieden» kritisch zwar, doch wohlwollend begleiten. Wie stets in den letzten 40 Jahren. Dafür danken wir Ihnen herzlich.

Redaktion UW

40 Jahre UW: Ein Blick hinter die Kulissen

Wie entsteht eigentlich «Unsere Welt»?

Zum 40. Jubiläum gibt es einen Blick hinter die Kulissen. Wie entsteht vier Mal im Jahr die Zeitung «Unsere Welt?» Wer sind die Köpfe hinter der Zeitung? 90 Kilogramm Zeitung, knapp 2 Kilogramm Farbe und viel Herzblut.

Von Julia Hoppe

Es ist in der Regel ein Montagabend an dem sich der Vorstand der Schweizerischen Friedensbewegung zur Sitzung trifft. Der Ort an dem die Ideen für Artikel entstehen und zusammengetragen werden. Die ein oder andere Idee wird mitgebracht, andere entstehen tagesaktuell oder durch die Diskussion am Tisch. Martin Schwander, unser verantwortlicher Redaktor hat es nicht immer leicht mit uns, wenig Raum auf acht Seiten und viele Ideen. Sobald die Themen stehen, werden die Artikel zusammengetragen und verfasst.

Gut zwei Wochen vor dem Versand beginnen die Vorbereitungen auf dem Sekretariat. Der Druck muss bestellt werden, HelferInnen für den Versand angefragt und Material kontrolliert werden. Karton für die Bünde ist Mangelware. Schnell wird bei der Buchhandlung Waser noch einmal Karton nachbestellt, sicher ist sicher bei fast 200 Bünden. Packschnur und Auslandscouverts sind noch ausreichend vorhanden. Ja, auch im Ausland gibt es Freunde «Unserer Welt». Die Zeitung tritt die Reise bis nach Israel an, wobei die meisten ausländischen Abonnentinnen und Abonnenten in Deutschland und Frankreich zuhause sind.

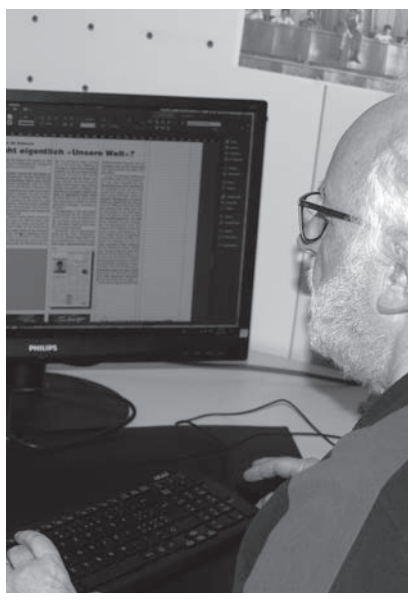
Parallel bereitet Martin Schwander das Layout vor, füllt die Seiten nach und nach mit Leben und beendet die Druckvorstufe mit der Übermittlung einer satten Datei an die Druckerei Unsere Druckerei Bubenberg Druck in Bern ist seit bald 25 Jahren unser zuverlässiger Partner, wenn es um die Zeitung geht. Ihre Mitarbeitenden stehen uns mit Rat zur Seite. Und mit Tat, so dass auch eine Lieferung der Zeitung an einem Donnerstagabend möglich ist. Es ist immer wieder spannend. Von Zeit zu Zeit wird die Zeitung mit einem 20 Tonner Lastwagen geliefert, der sich nicht gerade elegant durch Basels enge Strassen bewegt. Nun heisst es ausladen. 90 Kilogramm Zeitungen müssen den Weg ins Sekretariat finden. Bund für Bund füllt sich der Raum neben dem historischen Torstübli mit frisch gedruckten Zeitungen. Jetzt kann es losgehen!

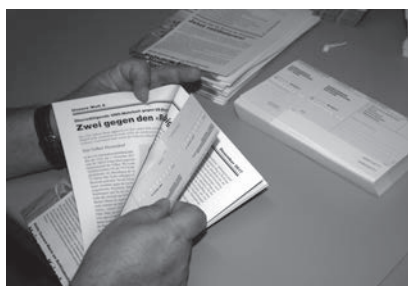
Freitagmorgen 7 Uhr, die letzten Vorbereitungen für den Versand beginnen: Karton wird zurechtgeschnitten, die letzten Adressen aktualisiert, die Adressdatei erstellt und die ersten Probeexemplare gedruckt.

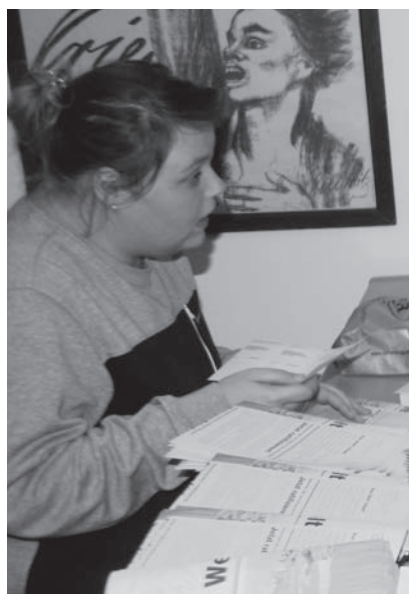
Herzklopfen. Die Probeausdrucke sehen gut aus. Dieser Arbeitsschritt ist der mit Abstand spannendste und nervenaufreibendste. Nicht umsonst wird unser Adressierdrucker auch «Höllenmaschine» genannt. Die Geschichten rund um das Adressieren der Zeitung könnten eine eigene Ausgabe füllen.

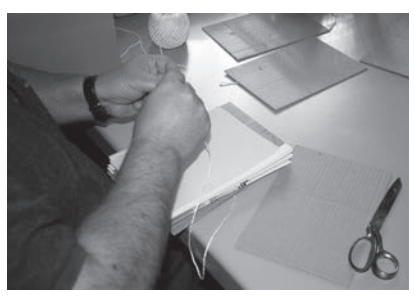
10 Uhr. Die fleissigen Helferinnen und Helfer treffen ein. Ein eingespieltes Team, jeder Handgriff sitzt. Der Adressierdrucker lässt bündeweise die Zeitungen heraus und am Tisch werden diese Bünde mit Schnur versehen. Knapp 200 Bünde werden pro Ausgabe «geknüppelt». Zwischendurch ein Gipfeli für die Nerven, wenn die Höllenmaschine mal wieder eine Zeitung frisst. Nach rund vier bis fünf Stunden ist die Arbeit getan. (Zwei Mal jährlich werden von Hand die Einzahlungsscheine vor dem Druck eingelegt. Eine gute Gelegenheit sich auszutauschen und zu diskutieren.) Die Zeitungen werden entweder in Boxen oder Taschen in das Auto verladen und zur Post gebracht. Nochmal kurz zurück ins Büro, aufräumen, die Zeitungen, die zum Verteilen verschickt werden verpacken und die Dokumente ablegen. Wieder einen Versand erfolgreich gemeistert. Schon die Woche darauf geht es weiter, denn die retournierten Zeitungen sind im Postfach und müssen bearbeitet und Adressen recherchiert werden. Und damit verbunden die Bitte an Sie, Adressänderungen per Mail (sfb@bluewin.ch), per Post (SFB, Postfach 2113, 4001 Basel)oder telefonisch (061 681 03 63) bei uns zu melden.

D A N K E an Martin und allen die beim Entstehen, Artikel schreiben, drucken, Einzahlungsscheine einlegen, Versenden der Zeitung dabei sind. Nicht zu vergessen natürlich auch unsere treuen LeserInnen, Mitglieder, AbonnentInnen und SpenderInnen, ohne die die Herausgabe der Zeitung nicht möglich wäre!









Schweizerische Friedensbewegung SFB

Jahrestagung 2018

Samstag, 5. Mai 2018, 16.00 Uhr
Restaurant Rebhaus (Saal)
Riehentorstr. 11, Basel (nahe Wettsteinplatz)

Traktanden:
Jahresberichte: Sekretariat • Redaktion • Finanzen
Wahl des Vorstandes • Ausblick und Anregungen

Anschliessend gemeinsames Abendessen.
Die Jahresversammlung ist wie immer öffentlich.
Interessierte sind herzlich eingeladen!

Falls Sie Mitglied der SFB werden wollen (und es nicht schon sind), können Sie untenstehenden Talon verwenden.

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Mail (fak.): _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

❑ Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)
❑ Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)
❑ Ich möchte ein Probeabonnement der UW
❑ Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum:_____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, sfb@bluewin.ch

ISSN 1423-6826
sfb@bluewin.ch
www.friedensbewegung.ch

Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Jonas Jäggi, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Louise Stebler, Samuel Wanitsch, Monika Waser
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
Auflage: 3 000
Mail: sfb@bluewin.ch Telefon: 061/681 03 63 Fax: 061/681 76 32
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7

Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 7. Herzlichen Dank!

Die puertorikanische Analystin des US-Nachrichtendienstes Defense Intelligence Agency (DIA) nach ihrer Verhaftung 2001 wegen Spionage für Kuba. Foto FBI

Ana Belén beendet ihr 16. Jahr hinter Gittern

Tragödie ohne Ende

Friedensnobelpreisträger Barack Obama hat es vor einem Jahr verpasst, die puertorikanische Gewissensgefangene Ana Belén Montes zu begnadigen und damit ihren Beitrag zur friedlichen Annäherung der Völker Kubas und der USA zu würdigen. Stattdessen sind alle internationalen Aufrufe, der als Spionin verurteilten Friedensaktivistin zumindest Hafterleichterungen zu gewähren, bisher ins Leere gelaufen. Mit furchtbaren Konsequenzen, wie uns ihre Cousine Miriam Montes Mock berichtet.

Von Miriam Montes Mock

Eine verheerende Nachricht: Krebs an der rechten Brust. Eine Mastektomie Das körperliche und emotionale Trauma. Die Einsamkeit. Die Spitalaufenthalte, angekettet, wund. Die Entdeckung der Solidarität bei ihren Zellengenossinnen. Die Unsicherheit. Wieder der Schmerz. Die Sehnsucht nach ihrer Familie. Und dann die Nachricht, die sie jedesmal zum Weinen brachte, wenn das CNN-Netzwerk im Carswell-Gefängnis auf Spanisch über die Zerstörung Puerto Ricos nach der Heimsuchung durch Hurrikan Maria berichtete.

So muss wohl das Jahr 2017 für meine Cousine gewesen sein.

Ihr Name ist Ana Belén Montes. Sie ist eine puertorikanische Gefangene, die eine 25-jährige Haftstrafe absitzt, weil sie ihrem Gewissen gehorcht und sich angesichts der Aggressionspolitik der US-Regierung solidarisch mit dem kubanischen Volk gezeigt hat.

2017 hat Ana Belén ihr sechzehntes Jahr im Gefängnis verbracht.

Immer noch unterliegt sie besonderen administrativen Massnahmen, die ihren Zugang zur Aussenwelt beschränken. Sie wurde sechzehn Jahre lang zum Schweigen verurteilt und isoliert. Sie darf nur mit einer Handvoll Verwandten und Freunden kommunizieren, die sie aus der Zeit vor ihrer Verhaftung kennt. Niemand kann die Worte zitieren, die Ana seit ihrer Einkerkerung gesprochen hat. Niemand kann ihren Schmerz aufnehmen, den jede Frau angesichts der Verstümmelung ihres Körpers und der Unsicherheit ihrer Zukunft erduldet. Niemand. Stell dir das vor.

Krebs schwächt jeden Menschen. Umso mehr, wenn dieser Mensch im Gefängnis leiden muss. Es tut mir weh, zu denken, dass Ana mit diesem Gesundheitszustand ohne die Unterstützung ihrer Lieben konfrontiert wurde, ohne die Möglichkeit, einen Arzt ihres Vertrauens beizuziehen, ohne alternative oder palliative Behandlungen, ohne Ernährung mit Gemüsen und frischen Früchten. Ohne die Möglichkeit, sich wenigstens mit jemandem aussprechen zu können.

Im Gegenteil, Ana musste sich dem Krebs in einer Umgebung permanenter Überwachung stellen. An einem Ort, an dem Lärm, Gewalt, emotionale Feindseligkeit ... und Einsamkeit herrschen. Inmitten dieses Chaos erholte sich Ana von ihrer Operation.

Die Gefängniswärter trugen sie zur Untersuchung vom Gefängnis ins Spital, an Händen und Füssen angekettet, mit einem grossen Schloss an der Taille, an dem eine schwere Kette hängt, mit welcher sich jene um die Hüften mit denen an den Füssen verbinden. Und einer Wunde in der Brust.

In diesem stürmischen Jahr widmete sich Ana der Rückgewinnung ihrer Kraft.

Ihr unmittelbares Ziel: Die nächsten fünf Jahre zu überstehen und Ruhe vor dem Krebs zu haben. Trotz der Bedingungen, in denen sie lebt.

Ihr langfristiges Ziel: Spätestens am 1. Juli 2023 in die freie Gemeinschaft zurückzukehren.

Ana ist stark. Zumindest denke ich das. Fast vier Monate lang konnte sie keine Briefe schreiben. Dann begann sie nach und nach: eine halbe Seite, eine Seite, zwei… während sie die Stiche ertrug, die ihr ein durchbohrter Nerv an ihrem rechten Arm beschert hatte. Ihre Rückenschmerzen kehrten zurück. Mitgefangene kümmerten sich um sie. Es war vielleicht eine Umarmung des Himmels.

Sie nahm ihre Lektüre wieder auf. Sie machte sich mit Pedro Albizu Campos und seiner Hingabe an die Unabhängigkeit von Puerto Rico bekannt. Sie näherte sich den puertorikanischen nationalistischen Heldentaten an. Sie reiste mit Papst Franziskus durch die Welt und liess sich von seinem barmherzigen Geist durchdringen. Sie lächelte, als sie den Dialogen zwischen dem Dalai Lama und Erzbischof Desmond Tutu «zuhörte». Sie begann, mit ihrer gewohnten Detailfreudigkeit, die «Carta Autonómica» von 1897, den Vertrag von Paris und andere Dokumente zu studieren, die den politischen Kurs der Insel aufzeichnen. Aber Ana darf ihre Überlegungen zur politischen Entwicklung Puerto Ricos nicht öffentlich artikulieren. Auch nicht jene über die weltweiten ideologischen Strömungen, über Philosophien oder Religionen.

Heute widersetzt sich Ana Belén dem Tod, der seine hässlichen Fratze in jedem Gefängnis zeigt. Täglich, von Tag zu Tag. Mit wachem Verstand. Mit einem sensiblen Herzen gegenüber der Welt, die sie durch die Gitterstäbe wahrnimmt. Mit lebendiger Hoffnung.

Ich stelle mir Ana Belén vor, wie sie während dieser letzten Monate die Fernsehübertragungen von den Verwüstungen verfolgte, welche die Hurrikane Irma und María verursachten. Ich stelle mir vor, wie sehr es sie schmerzte, nichts dagegen unternehmen zu können. Die Puertoricaner werden ihre Worte der Ermutigung und der Solidarität nach den Zerstörungen, die das Land heimgesucht haben, niemals hören.

Sicher, wenn sie in Puerto Rico wäre, würde Ana Belén unermüdlich arbeiten, um dem Leidenden zu helfen. Dafür wurde sie geboren. Als ob sie unter uns weilte, hat der «Mesa de trabajo», das Solidaritätskomitee für Ana Belén Montes in Puerto Rico seine Informationstätigkeit eine Weile ausgesetzt, um den Opfern des Landes seine Solidarität zu zeigen. Wie wenn sie selbst es getan hätte. Im Namen von Ana Belén.

(Quelle: Claridad. Übersetzung: Martin Schwander)

Bitte schreibt!

Ana Belén Montes
No. 25037-016
Carswell Detention Center
3000, I St, Fort Worth,
TX 76127

Leonard Peltier
No. 89637-132
USP Coleman I
P.O. Box 1033
Coleman, FL 33521

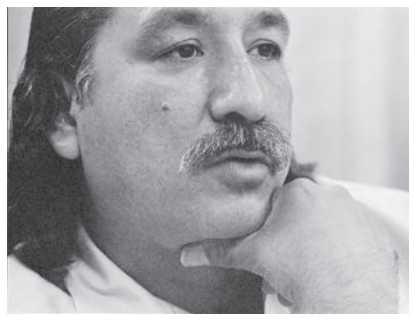
Mumia Abu-Jamal
No. AM 8335
SCI Mahanoy
301 Morea Road
Frackville, PA 17932

Leonard Peltier seit 43 Jahren im Kerker

Es reicht! Definitiv!

Harry Belafonte, Jane Fonda, Oliver Stone, Robert Redford, Robert de Niro, zuletzt Papst Franziskus und sogar der einst gegen Leonard Peltier ermittelnde Staatsanwalt James Reynolds hatten sich vor Jahresfrist beim scheidenden US-Präsidenten Barack Obama für eine Begnadigung des schwer kranken indianischen Bürgerrechtlers eingesetzt. Wie ähnliche Vorstösse bei fünf vorangehenden US-Präsidenten ohne Chance. Kein Wunder schleicht sich in die bis anhin kämpferischen Botschaften Peltiers an die Aussenwelt allmählich Resignation ein.

Wir dokumentieren seine Erklärung vom 6. Februar 2018 zum 43. Jahrestag seiner Einkerkerung in einer Übersetzung von Elke & Holger Zimmer.



Viele Grüsse an Familie, Freunde und Unterstützer!

Ich bin überwältigt, dass heute am 6. Februar mein 43. Jahr im Gefängnis beginnt. Ich habe über die Jahre solch grosse Hoffnungen gehabt, dass ich herauskomme und zu meiner Familie in North Dakota zurückkehren könnte. Und doch bin ich hier im Jahr 2018 und kämpfe mit 73 noch immer für meine FREIHEIT.

Ich will gegenüber all meinen Anhängern, die mir immer zur Seite gestanden haben, nicht undankbar klingen. Ich liebe und achte Euch innig und danke Euch für die Liebe und den Respekt, die Ihr mir gegeben habt.

Aber die Wahrheit ist, ich bin müde, und meine Gebrechen verursachen mir oft Schmerz und nur an manchen Tagen gibt es eine kleine Linderung. Ich hatte gerade eine Herzoperation und ich habe andere medizinische Probleme, die angesprochen werden müssen: Ein Aortenaneurysma, das jederzeit platzen könnte, die Prostata, die Arthritis in meiner Hüfte und den Knien. Ich denke nicht, dass mir noch zehn Jahre gegeben sind. Was mir bleibt, möchte ich mit meiner Familie verbringen. Nichts würde mich glücklicher machen, als meine Kinder, Enkelkinder und Urenkelkinder zu umarmen.

Ich kam nicht ins Gefängnis, um ein politischer Gefangener zu werden. Seit ich neun Jahre alt war, bin ich Teil des Widerstands gewesen. Meine Schwester, mein Cousine und ich wurden entführt und in die Internatsschule gebracht. Dieser Vorfall, und wie es ebenso meine Cousine Pauline betraf, hatte eine enorme Auswirkung auf mich. Das gleiche Gefühl sucht mich heim, wenn ich über meine letzten 42 Jahre Gefangenschaft nachdenke. Diese ungerechte Gefangenschaft fühlt sich so an, wie die falsche eidesstattliche Versicherung, die das FBI von Myrte Poor Bear bekommen hat. Ein erfundenes Dokument, das verwendet wurde, um mich 1976 illegal aus Kanada auszuliefern.

Ich weiss, dass Ihr wisst, dass die FBI-Akten voller Information sind, die meine Unschuld beweisen. Doch viele jener Akten werden meinem juristischen Team noch immer vorenthalten. Während meiner Berufung vor dem 8. Circuit sagte der ehemalige Staatsanwalt Lynn Crooks zu Richter Heaney: «Euer Ehren, wir wissen nicht, wer jene Agenten tötete. Weiter wissen wir nicht, welche Beteiligung, wenn überhaupt, Herr Peltier daran hatte.» Diese Erklärung entlastete mich und ich hätte freigelassen werden müssen. Aber ich sitze hier so viele Jahre später immer noch und kämpfe für meine Freiheit. Ich habe es so lange in so vielen Gerichtshöfen, in so vielen öffentlichen Erklärungen beteuert. Aber ich sage es nochmals: ICH HABE JENE AGENTEN NICHT GETÖTET!

In diesem Augenblick brauche ich die Hilfe meiner Anhänger hier in den USA und auf der ganzen Welt. Wir brauchen Spenden, grosse oder kleine, um meinem juristischen Team zu helfen, Nachforschungen für eine erneute Gerichtsverhandlung zu betreiben, aber auch um mich näher an mein Zuhause zu verlegen oder eine mitfühlende Behandlung aufgrund meiner schlechten Gesundheit und meines Alters zu erreichen. Bitte helft mir nach Hause zu gehen, helft mir, meine Freiheit zu gewinnen!

Es gibt eine neue Petition, die meine kanadischen Brüder und Schwestern international verbreiten*. Bitte unterschreibt sie, ladet sie herunter, so dass Ihr sie mit auf die Arbeit, in die Schule oder den Gottesdienst nehmen könnt. Sammelt so viele Unterschriften wie möglich. Eine Million wäre grossartig!

Ich bin seit meinem 9. Lebensjahr ein Krieger gewesen. Mit 73 bleibe ich ein Krieger. Ich bin schon zu lange hier. Der Anfang meines 43. Jahres plus über 20 Jahre des guten Zeitkredits, das macht 60+ Jahre unterm Strich.

Ich brauche Eure Hilfe. Ich brauche Eure Hilfe heute! Ein Tag im Gefängnis für mich ist draussen eine Lebenszeit, weil ich von der Welt isoliert bin.

Ich bleibe stark, wegen Eurer Unterstützung, Eurer Gebete, Aktivitäten und Spenden. Sie halten meine Hoffnung am Leben.

Im Geiste von Crazy Horse. Danke.

**) Die Petition kann bei uns auf Deutsch angefordert werden (Tel: 061 681 03 62; Mail: sfb@bluewin.ch).*

Weitere Infos: leonardpeltier.de.

***Spenden an Peltier** können über folgenden link direkt getätigt werden:*

https://www.whoisleonardpeltier.info/donate-now

Redaktionsschluss dieser Nummer: 6. Februar 2018